

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Russlands 2,50 Mk. Monat. Einzeln in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltrige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Dreispalten- und Vierzeilen- und Anzeigen 20 Pf. Preisrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Spangh. Post-Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zentrums-Föder für den „kleinen“ Mann.

Der wirtschaftliche Prozeß der Aufsaugung der kleinen bürgerlichen Existenzen durch den kapitalistischen Großbetrieb nimmt unaufhaltsam seinen Fortgang. Mehr und mehr wird die große Masse des Volkes sich dieses Prozesses bewußt, und in der Erkenntnis desselben erstarkt ihr Klassenbewußtsein, sowie die Ueberzeugung, daß nur in der Beseitigung der anarchischen privatkapitalistischen Produktionsweise und ihrer Erziehung durch ein Wirtschaftssystem, das die Arbeitsmittel zum Kollektiveigentum macht, Abhilfe gegen die Verelendung des Volkes zu gunsten einer kleinen Anzahl Kapitalisten zu suchen sei. Die herrschenden Klassen merken mehr und mehr, daß sie diesen Prozeß nicht aufhalten können, daß die Reihen der Sozialdemokratie immer stärker werden und daß sie dem Ansturm derselben kaum werden Widerstand entgegensetzen können. Sie suchen also nach einem Schutzwall und möchten als solchen den schwerbedrängten Kleinbesitz, den kleinen Bauer, den Handwerker und die kleineren Gewerbetreibenden benutzen. Da sie aber in's eigene Fleisch schneiden müßten, wenn sie den kapitalistischen Entwicklungsprozeß aufhielten, begnügen sie sich damit, ihn zu verfeinern und den sogenannten kleinen Mann seinen Gegnern überlassen zu lassen, außer dort, wo er wirklich steckt. Während der kapitalistische Großbetrieb die ganze Industrie fast vollständig aufgesaugt hat, sucht man den Handwerker glauben zu machen, er könne seinen Schutz in der Einengung seiner Konkurrenz finden; man giebt ihm Privilegien, die er nur gegen sich und seines Gleichen oder nach unten zu benutzen kann; man läßt ihn den Kampf gegen die das Kapital bedrohende Arbeiterschaft führen, ohne ihm selbst auch nur den geringsten Schutz gegen die zunehmende Macht des Kapitals zu gewähren.

Gegenwärtig beschäftigt sich sehr sorgsam auch das Zentrum mit dem „kleinen Mann“. Es will den Kleinwerbetreibenden beweisen, daß ihm ihr Heil insbesondere am Herzen liegt. Die umfassenden Bestimmungen seiner Gesetzesentwürfe wenden sich aber kaum in einem Punkte gegen die Gefahr, welche dem Kleinbetriebe durch den großkapitalistischen Betrieb droht, sondern nur gegen die Erscheinungen, welche im unmittelbaren Gefolge desselben zu Tage treten. Der kapitalistische Betrieb hat unzählige selbständige kleine Existenzen vernichtet oder der Vernichtung nahe gebracht, und die Konkurrenz ist dadurch in Kleinbetriebe um so intensiver geworden. Eine große Anzahl Gewerbetreibender suchen ihre Existenz als Zwischenhändler von Kapitalisten zu fristen und helfen so das Geschäftsfeld des kleinen Mannes verengern. Gegen diesen Theil der Gewerbetreibenden wendet sich nun das Zentrum angeblich zum Schutz des kleinen stehenden Gewerbetriebes. Dann aber wird es noch von anderen Gründen geleitet. Dem kleinen Gewerbetreibenden macht sich als Konkurrenz

besonders fühlbar der jüdische Geschäftsmann. Gegen diesen lehrt sich besonders der Groß und der Klein in Verbindung mit berechtigter und unberechtigter Abneigung. Aus dieser zieht vor allem der Antisemitismus Nahrung. Um diesen auf eigenem Gebiete nicht Boden gewinnen zu lassen, hielt das Zentrum für gut, dem Antisemitismus zuvorzukommen, indem es sich selbst als Schützer und Fürsorger des „kleinen Mannes“ aufwirft.

In dieser Fürsorge aber wenden sich die Zentrumsentwürfe selbst gegen den „kleinen“ Mann. Die Beschränkungen des Hausirhandels und des Auffuchens von Privatkunden und Bestellungen durch Kleinfremde treffen nicht bloß Juden, wenn auch diese am ehesten ihren Vortheil dabei finden, sondern zahlenmäßig eine bei weitem größere Anzahl Nicht-Juden. Das stehende Kleingewerbe wird keinen Schutz finden, denn der Gegner, der durch dieses Gesetz befreit werden soll, findet, so weit er kapitalmächtig ist oder sich in den Dienst des kapitalistischen Betriebs stellt, mit Leichtigkeit Mittel und Wege, seine überwältigende Konkurrenz gegenüber dem stehenden Kleingewerbe geltend zu machen. Aber Hunderttausenden, die in den bekämpften Betrieben einen letzten Halt finden, an dem sie sich gegenüber dem drohenden Fall ins Proletariat klammerten, verlieren durch die neuen Beschränkungen diesen Halt. Die Sozialdemokratie als solche kann zwar mit den Opfern Mitleid haben, prinzipiell aber sieht sie in den Zentrums-Entwürfen nur eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Prozesses, indem mehr und mehr die Zwischenstufen zwischen Arbeiter und Kapitalisten fortgeräumt werden. Die Kleinbürger, welche das Zentrum schützen will, unterliegen nach wie vor dem unaufhaltsamen wirtschaftlichen Entwicklungsgange, durch den kapitalistischen Betrieb aufgesaugt zu werden, zu gleicher Zeit aber wird ihnen durch die Zentrumsentwürfe das letzte Ankerthal entzogen, an dem sie sich noch eine Weile hätten über Wasser halten können.

Der schwankende Thurm des Zentrums wird durch seine angebliche Fürsorge für den „kleinen Mann“ ebenso wenig einen Halt gewinnen, als die konservativen Junker durch die Aulehnung an den Antisemitismus.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

Der 10. Januar 1893 muß roth angestrichen werden in der Geschichte des Parlamentarismus. Nicht weniger als drei Parlamente treten morgen zusammen: Der deutsche Reichstag, das preussische Abgeordnetenhaus und die französische Kammer.

Die dem Reichstage soeben vorgelegte, im Reichs-Versicherungsamt aufgestellte Nachweisung der Ge-

schäfts- und Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten für das erste Rechnungsjahr 1891 umfaßt die sämtlichen 31 Versicherungsanstalten. Die Zahl der bewilligten Altersrenten betrug 190 774, die der Invalidenrenten 27. Die Entschädigungsbeträge beliefen sich auf 9 049 086,39 M. An Verwaltungskosten sind aufgewendet 3 722 882,40 M., an den Reservefonds sind abgeführt 3 440 427,88 M. Die Gesamt-Einnahme belief sich auf 89 647 293,26 M. Der am Schluß des Rechnungsjahres nachgewiesene Bestand beträgt 73 086 757,18 M. —

Der erwartete Wahlgesetzentwurf für das preussische Abgeordnetenhaus ist letzterem vorgelegt. Das Dreiklassen-Wahlrecht bleibt und nur folgende Aenderung wird getroffen:

§ 1. Für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten werden die Wähler nach Rangbezug der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß von der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fünf Zwölftel auf die erste Abtheilung, vier Zwölftel auf die zweite Abtheilung und drei Zwölftel auf die dritte Abtheilung entfallen.

§ 2. Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staat veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Die Aenderungen sind, wie man sieht, derartig, daß die Bismarck'sche Kritik über das „elendeste“ aller Wahlgesetze nicht durch dieselben alterirt wird. —

Für die Militärvorlage. Die offiziöse Presse, oberan seit ihrer neuesten Wandlung die königliche Allerweltsvoette, scheint das deutsche Volk für die reinsten Idioten zu halten. Nach der „Berechnung“ der „Königlichen Zeitung“ wäre das deutsche Volk so ungeheuer gering an Steuern überhaupt, und insbesondere an Ausgaben für das Militär belastet, daß die Militärvorlage schon deshalb von nöthen sei, damit das Volk nicht im Ueberfluß erlide. Nach dem Jammergeschrei der „Königlichen“ über die Selbstabschätzung der Wohlhabenden und Reichen und die geplante Vermögenssteuer, scheint der Nothstand nur unter den Reichen und reichsten Leuten in Deutschland zu herrschen. Sonst möchten wir vorschlagen, den ganzen Militäretat und die gesammten Reichsschulden auf die Vermögen über 6000 M. zu schlagen, die ja in Preußen allein 80 000 Millionen betragen. Der „Patriotismus“ der Bourgeoisorgane, der sich auf Kosten der nothleidenden Volksmasse breit macht und die eigene Tasche zupackt, ist keinen Schutz Pulver werth. —

„Im Fall der Auflösung des Reichstages“, so bestimmt Artikel 25 der Reichsverfassung — „müssen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach derselben die Wähler, und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.“

Feuilleton.

Redaktion vorbehalten.

159

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Dann erschien Georges Du Roy mit einer alten, unbekanntem Dame.

Er trug den Kopf hoch und wendete seine Augen unter den etwas krausen Augenbrauen gleichfalls nicht zur Seite. Sein Schnurrbart über der Lippe sah gleichsam erregt aus. Jeder fand ihn sehr hübsch. Seine Haltung war stolz, seine Taille fein, seine Beine gerade. Der Frack stand ihm gut, den wie ein Blutstropfen das rothe Bändchen der Ehrenlegion besteckte.

Dann kamen die Verwandten, Rose am Arm des Senators Nissolin, die seit sechs Wochen verheirathet war. Der Graf von Batour-Juelin führte die Gräfin von Percecur.

Nun folgte ein sonderbarer Zug von Verblühdeten oder Freunden Du Roy's, die er in seine neue Familie eingeführt hatte, ein Zug von Herren aus jener bekannten Pariser Zwischenwelt, die sofort die besten Freunde sind und sich bei Gelegenheit als entfernte Bettern reicher Emporkömmlinge ausgeben; deklassirte Barone, räumte Gasen, anrühliche Fürsten, zum Theil verheirathet und dann um so schlimmer, zum Theil nicht. Da waren der Herr von Belvigne, der Baron von Banjolin, der Graf und die Gräfin von Ravanel, der Herzog von Ramorano, der Prinz von Kravalow, der Chevalier Voltrali, ferner auf Einladung des alten Walter der Prinz von Querche, der Herzog

und die Herzogin von Ferracina und die schöne Marquise des Dunes. Einige Verwandte der Frau Walter nahmen sich wie Provinzialen in diesem Zuge aus.

Und immer noch klang die Orgel, ließ das gewaltige Instrument seine schwellenden Akkorden und leuchtenden Stimmen erbrausen, die Wonne und Schmerz der Menschen zum Himmel rufen.

Die großen Thürflügel des Portals wurden geschlossen und plötzlich wurde es düster in der Kirche, als wenn man die Sonne eben hinausgeworfen hätte.

Georges war jetzt an der Seite seiner Braut vor dem erleuchteten Altar niederkniet. Der neue Bischof von Tanager schritt, den Krummstab in der Hand, die Mitra auf dem Haupte, aus der Sakristei, um sie im Namen des Ewigen zu vereinen.

Er stellte die gebräuchlichen Fragen an sie, wechselte die Ringe und sprach die Worte aus, die wie Ketten binden. Dann richtete er eine christliche Ansprache an die Neuerwählten. Lange sprach er in pomphaften Ausdrücken von der ehelichen Treue. Ein dicker Mann war es, dieser Bischof, mit breiter Taille, einer jener schönen Prälaten, bei denen die majestätische Würde auf dem Bauche beruht.

Ein lautes Schluchzen veranlaßte einige Köpfe sich umzubringen. Frau Walter weinte, das Gesicht mit den Händen bedeckt.

Sie hatte nachgeben müssen. Was hätte sie sonst thun sollen? Aber seit dem Tage, wo sie ihre zurückgekehrte Tochter aus ihrem Zimmer gejagt und sich geweigert hatte sie zu küssen, seit dem Tage, wo sie zu Georges Du Roy, der sie beim ersten Zusammentreffen nach der Entführung geremoniell begrüßt, mit leiser Stimme gesagt hatte: „Sie sind der gemeinste Schuft, den ich kenne. Reden Sie mich

nicht an, denn ich antworte Ihnen nie.“ seit diesem Tage litt sie unter ewiger, unerträglicher Marter. Sie haßte Suzanne mit dem scharfen Haß maßloser Leidenschaft und fressender Eifersucht, bei der sich die Eifersucht der Mutter und der Geliebten vereinte, die in ihr wüthete, wie eine frische Wunde brannte und die sie doch nicht gestehen durfte.

Und nun stand hier ein Bischof und gab in der Kirche in Gegenwart von zweitausend Menschen und vor ihrem Angesichte ihre Tochter ihrem Liebhaber zur Frau. Und sie konnte nichts sagen, konnte nichts hindern, durfte nicht schreien: „Mir gehört dieser Mann! Mein Geliebter ist er. Die Ehe, die Sie einsegnen, ist verrückt!“

Mehrere Frauen lästerten gerührt: „Wie nahe es der armen Mutter geht!“

Der Bischof deklamirte: „Sie gehören zu den Glücklichen dieser Erde, zu den Reichsten und Angesehensten der Welt. Ihr Talent hebt sie über die Andern heraus, Sie schreiben für das Volk, Sie lehren, richten, lenken das Volk . . . fürwahr eine schöne Aufgabe haben Sie zu erfüllen, ein schönes Beispiel zu geben . . .“

Trunken vor Stolz hörte Du Roy diese Worte. So sprach ein Prälat der römischen Kirche zu ihm. Und hinter seinem Rücken fühlte er die Menge, die Menge berühmter Leute, die feinetwegen gekommen waren. Eine gewaltige Kraft trug ihn empor, stieß ihn weiter, so wollte es ihm erscheinen. Er wurde zu einem Herrn der Erde, er, der Sohn armer Bauersleute in Cantelen.

Und plötzlich sah er sie in ihrer niedrigen Hütte auf dem Gipfel der Anhöhe über dem großen Thal von Rouen, sah er Vater und Mutter, wie sie den Handlenten einschenkten. Als er den Grafen von Vaudrec beerbt, hatte er ihnen fünftausend Franken geschickt; jetzt wollte er ihnen

Also spätestens 60 Tage nach der Auflösung die Neuwahlen.

Wann frühestens, das ist in der Reichsversammlung nicht gesagt. Eine indirekte Bestimmung findet sich aber im Reichstags-Wahlgesetz, das in seinem § 8 festsetzt, daß die Wählerlisten spätestens 4 Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszuliegen sind, was zuvor unter Hinweis auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen ist.

Zu dieser Frist von 4 Wochen ist bloß die für diese Bekanntmachung und die für die Anfertigung der Wählerlisten nötige Zeit hinzuzurechnen — die bei Verschleimung der nötigen Vorbereitungen auf 8 bis 10 Tage zusammen gedrängt werden kann. Nach der letzten Auflösung des Reichstags im Jahr 1887, wo Fürst Bismarck es sehr eilig hatte, fand die Wahl 58 Tage später statt, und zwar war das Tempo folgendes: Auflösung am 10. Januar 1887, Auslegung der Wählerlisten — nach 10 Tagen — am 24. Januar, und Neuwahl am 21. Februar.

Diesmal tritt die Militärkommission am 11. Januar zusammen. Wenn die Regierung sich auf Kompromisse nicht einlassen will, so kann schon im Laufe der Woche in der Kommission eine Entscheidung herbeigeführt und nach Feststellung eines kurzen Kommissionsberichts, die zweite Lesung auf nächste Woche anberaumt und das Plenum vor die Entscheidung gestellt werden, worauf die Auflösung unmittelbar erfolgen könnte. Es wäre dann möglich, die Neuwahlen schon Ende Februar stattfinden und den Reichstag Anfangs März zusammentreten zu lassen, so daß noch Zeit zur Feststellung des Budgets wäre. Das ist nicht wahrscheinlich, aber es ist möglich, und die Möglichkeit haben wir ins Auge zu fassen.

Wahrscheinlich werden noch Kompromisse versucht und falls diese, was keineswegs sicher, ergebnislos sein sollten, würde die Regierung vermutlich erst den Reichshaushalt für 1893/94 feststellen lassen und die Auflösung etwa um Mitte Februar aussprechen, so daß die Wahlen dann Ende März erfolgen würden. Der Termin der Auflösung und der Neuwahlen könnte dann aber um einige Tage früher oder später anberaumt werden.

Unter allen Umständen müssen wir vorbereitet sein. Die Auflösung, wenn sie kommt, kann sehr schnell kommen. —

Der Bergarbeiter-Außtand soll nach der gesamten Bourgeoispreffe, die ultramontane nicht ausgeschlossen, ein Werk sozialdemokratischer Feinde sein. Es ist das ein Mandat, das gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was beabsichtigt wird. Die Arbeiter werden förmlich mit Gewalt ins Lager der Sozialdemokratie getrieben. Die Anschuldigungen der Bourgeoispreffe haben nur einen Zweck, den sie leider auch erreichen: die Behörden von jedem Eingegenkommen abzuschrecken. Daß der Rechtsschutzverein der Bergleute kein sozialdemokratischer ist, geht schon aus der Stellung seines Anwalts, Rechtsanwältin Pender, hervor. Wir berichteten bereits über dessen Rede in der Bildstocker Versammlung. Wir geben den Schluß derselben nach der „Kölnischen Zeitung“ wieder:

Als unser Mittel (Warten) eingestrichelt wurde, war das erste, was man in der Presse schrieb, die Behörden sollten nur nicht mit dem sozialdemokratischen Vorstand des Rechtsschutzvereins verhandeln, sondern nur mit den Grubenausschüssen. Man sah, wie sie Angst hatten vor der öffentlichen Meinung. Man hat eben das Bewußtsein oben, daß man, wenn wir unsere Lohnlisten vorlegten, in Berlin erhaunt sein würde. Die Entrüstung in ganz Europa über diese Sache würde eine große sein. Seit beinahe einem Jahre bin ich Anwalt des Rechtsschutzvereins. Ich war Anfangs gegen den Streik. Aber solche Dinge kommen von selber aus ihrer Natur heran. Das Unrecht ist soweit gediehen, daß es endlich selber aufging wie ein Geschwür. Was der Oberpräsident als nicht zu seiner Kompetenz gehörig zurückweisen will, das könnt ihr außer Acht lassen. Was wir vor allem brauchen, ist eine baldige Beendigung des Streiks. (Zehnhaltige Zustimmung: vereinzelter Widerspruch.) Dadurch, daß ihr bereit seid, sofort wieder zur Arbeit zurückzukehren, zeigt ihr die Nobleste Eurer Gesinnung. Möge eine Deputation nach Koblenz gehen und mögen die Beschwerden, die der Oberpräsident zu entscheiden sich nicht für kompetent hält, dem Ministerium zu führen gelegt werden. Dann wird sich zeigen, daß all' das dumme Geschrei von Sozialisten und Anarchisten, die hinter dem Rechtsschutzverein ständen, bodenlose Erfindung war. (Anhaltender Beifall.) Die Versammlung brachte brausende Hochrufe auf Pender aus. Pender dankte und forderte auf zu einem Hoch auf die kulturfreundlichen Genossenschaften der arischen Nationen Europas und auf die Freundschaft zwischen den Bergleuten ganz Europas.

Ueber seine Parteistellung, ein eigenes Gemisch von Antisemitismus und Bodenreformer, hat Herr Pender selbst eine Erklärung veröffentlicht, die jede Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ausschließt.

fünzigtausend schicken. Dafür konnten sie sich ein Gütchen kaufen und vergnügt und zufrieden leben.

Der Bischof hatte seine feierliche Ansprache beendet. Ein Priester stieg in gestickter Stola zum Altar hinauf. Und die Orgel erbrauste wieder und verkündete den Ruhm der Neuvermählten.

Wald schwoll ihre Stimme zu gewaltigem Klang an, wie Wogen stürmten ihre Töne so tief und mächtig dahin, als sollten sie scheinbar das Dach fortreißen und sprengen, um bis zum blauen Himmel zu dringen. Die schwingenden Tonwellen füllten die ganze Kirche und ließen die Hörer bis ins innerste Mark erbeben. Dann aber verebten sie plötzlich, und seine, zarte Stimmen flogen durch die Luft und unschmeichelten wie Zephyr das Ohr; Vögeln gleich häßten und flatterten die lieblichen, durchsichtigen Tönen umher. Plötzlich aber weitete sich die kollektive Brust von neuem aus und schwoll wieder zu erschütternder Fülle und Stärke an, wie ein Sandkorn, das sich in eine Welt verwandelt.

Menschenstimmen erhoben sich nun und glitten über die gebeugten Häupter. Die Opernsänger Vauri und Landel sangen. Der Weibrauch verbreitete zarten Benzoeeruch und auf dem Altar vollendete sich das göttliche Sacrament. Auf Geheiß seiner Priester stieg der Göttemensch selber zur Erde herab, um den Triumph des Baron Georges Du Roy zu weihen.

Bel-Ami lag neben Susanne auf den Knien und hatte die Stirn gesenkt. In diesem Augenblick glaubte er fast, er fühlte es, war er fromm und dankbar gegen die Gottheit, die ihn begünstigte und mit solcher Rücksicht behandelte. Und ohne recht zu wissen, an wem er sich

Eine traurige Rolle spielt in dem Ausstand die Zentrumspreffe. Ihre Feindseligkeit gegen die Arbeiter, denen sie sonst zu schmeicheln liebte, dürfte sich aus dem Aerger erklären, den sie darüber empfindet, daß sich ihr Anhang unter den Bergarbeitern von Tag zu Tag vermindert. —

Der **Ex-Welfensfonds-Chef** hat in seinen „Hamburger Nachrichten“ die Dreistigkeit, in bezug auf unseren Artikel über die Welfensfonds-Quittungen von Revolver-Journalist zu sprechen. Nun, der Fälscher der Emser Depesche kann nicht beleidigen. Fragen wollen wir ihn aber, ob er alle Quittungen verbrannt hat? Und wie er, falls er sie verbrannt zu haben behauptet, den Nachweis liefern will, daß er die 22 vorausgabten Millionen des Welfensfonds nicht zu persönlichen Zwecken verwendet hat? Uebrigens könnte er sehr wohl in die Lage kommen, diese und andere Fragen auf Zungeid zu beantworten. Jetzt wird er sich ja wohl nicht so leicht drücken können, wie früher. —

Der **Forkfall der Schutzbestimmungen** für jugendliche und weibliche Arbeiter, den die Regierung von Baden und Württemberg beim Bundesrath betreffs der Edel-Metallwaaren-Fabriken beantragt haben, scheint Aussicht zu haben, im Bundesrath angenommen zu werden. Hierauf läßt wenigstens ein längerer offizieller Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schließen, welcher den Forkfall der Schutzbestimmungen aus der „Eigenart“ des betreffenden Fabrikationszweiges begründet. Die verlangten Ausnahme-Bestimmungen betreffen in Württemberg 83 Fabriken mit 5265 Arbeitern, darunter 1022 weibliche über 16 Jahre. Im badischen Bezirk Pforzheim kommen 575 Betriebe in Betracht mit 12 200 Arbeitern, darunter 3100 weibliche über 16 Jahre. Es scheint leider zu befürchten, daß der Bundesrath nur zu geneigt sein wird, den unternehmerfreundlichen Anträgen der Regierungen von Baden und Württemberg nachzugeben. So bröckelt von den länglichen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung noch ein Stück nach dem andern ab. —

Das gleiche Recht findet wieder eine schöne Beleuchtung in folgendem Bericht der „Frankfurter Zeitung“: Gladbach, 6. Januar. Im letzten Sommer wurden die Sozialdemokraten nach Beendigung einer Versammlung bei hellem Tage und auf offener Straße von einer gegnerischen Schaar angefallen und übel zugerichtet. Als Waffen dienten Eisenhähne, Knüttel, Messer und Steine. Ein Sozialdemokrat aus Rhegdt suchte mit blutüberströmtem Kopfe Schutz in einem Hause, wurde aber aus demselben hinausgewiesen, als seine Verfolger drohten, das Haus zu demoliren. Andere Sozialdemokraten erhielten Messerschläge oder wurden jämmerlich zugerichtet. Dieser Tage wurde gegen die Hauptbelben dieses Ueberfalls, Dausirer Hartmann, Dachdecker Wilms und Fuhrmann Dick, vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt und diesen auch ihre Gewaltthätigkeiten nachgewiesen. Das Urtheil lautete auf Geldstrafen von 30 Mark bei den beiden Echigenannten und auf 15 Mark bei Dick. Wilms führte seinen Patriotismus und seinen katholischen Glauben als mildernde Umstände ins Feld. In der Begründung des Urtheils heißt es, wie die sozialdemokratische „Kiebrich-Volkstribüne“ mittheilt, es sei Pflicht jedes Stäubigen und der Anhänger aller Parteien, für Aufrechterhaltung der Ordnung u. s. w. Sorge zu tragen, die Angeklagten seien indessen zu weit gegangen. Durch solche Knüttelheldenthaten und dergleichen sonderbare Richtersprüche wird man der Sozialdemokratie schwerlich den Garaus machen.

Die Thatfachen sind so augenfällig und schlagend, daß jeder Kommentar ihre Wirkung nur abschwächen könnte. Wir suchen vergebens in der Rechtsprechung einen Fall, in welchem einem Arbeiter bei einem Angriff gegen einen Streikbrecher als Milderungsgrund die sittliche Entrüstung angerechnet wird, die er ob der Verletzung des genossenschaftlichen Vertrauens empfinden mußte. —

Die **Beschäftigung italienischer Arbeiter** bei den Erdarbeiten an dem Dortmund-Emser-Kanal wird von den offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ zugestanden. Die Kanalbauverwaltung habe bei den Verbindungsverträgen allerdings den Unternehmern als Regel die Beschäftigung deutscher Arbeiter vorgeschrieben. Uebertreten diese jedoch, würde aber die Baukosten erheblich steigen und anderen Industrien die Arbeitskräfte entziehen. Das heißt eben nichts weiter als: die italienischen Arbeiter werden bevorzugt, weil sie billiger arbeiten, und auch andere Unternehmer nicht durch die Befürchtung von Lohnsteigerungen schädigen. —

Die **Vertheuerung des Lebens** durch die Sozialdemokratie wird von der „Börse-Zeitung“ als Grund des Ausstandes der Bergarbeiter im Saarrevier angegeben. Die Arbeiter hätten von den hohen Löhnen nur wenige Groschen für den Haushalt abgeliefert, und das übrige wäre für die

wandte, kam ein Dankgebet für seinen Erfolg über seine Lippe.

Als das Messamt beendet war, erhob er sich, reichte seiner Frau den Arm und schritt in die Sakristei. Nun begann das endlose Geflüster der Theilnehmer an der Feier. Wie ein König kam sich Georges in seiner Freude vor, den ein Volk eben begrüßte. Er drückte Hände, stammelte nichtsagende Worte, grüßte und dankte mit einem „Sie sind sehr liebenswürdig“, für die Schmeicheleien.

Plötzlich bemerkte er Frau von Marelle, und das Gedächtniß an all die Küsse, die er ihr gegeben, die sie erwidert hatte, das Gedächtniß an ihre drollige Färtlichkeit, an den Ton ihrer Stimme, den Geschmack ihrer Lippen ließ plötzlich den Wunsch in ihm erwachen, ihr Verhältnis weiter fortzuführen. Wie hübsch und elegant sah sie aus mit ihrem Jungengesicht und ihren lebhaften Augen. „Als Beliebte ist sie trotz alledem doch reizend!“ dachte Georges.

Sie näherte sich ihm ein wenig furchtsam, ein wenig unruhig, und bot ihm die Hand. Er nahm sie in seine und behielt sie. Da merkte er den leisen Druck dieser Frauensfinger, in dem Verzeihung und Wiedererwahnung lag. Und auch er drückte die kleine Hand, als wollte er sagen: „Ich liebe Dich nach wie vor und gehöre Dir!“

Ihre Augen trafen sich, sie lächelten und glänzten voller Liebe.

Auf baldiges Wiedersehen, mein Herr,“ flüsterte sie mit ihrer holden Stimme.

Auf baldiges Wiedersehen, gnädige Frau,“ erwiderte er heiter.

Und sie entfernte sich.

Verbrüderung im Wirthshause und die Unterhaltung der sozialistischen Inspiratoren“ aufgegangen. Daß ein Organ der Börsejobber so über die Arbeiter zu schreiben sich erdreistet, darf nicht Wunder nehmen; den Interessen und den Anschauungen der Börse und der Börsefinanz ist natürlich jede Arbeiterbewegung ein Creuel. —

Die **Leipziger Sittlichkeit** ist gerettet. „Damen aus den feinsten Kreisen“ sind in die bekannte leidige Sache nicht verwickelt; und daß „Frauen und Töchter aus wirklich geachteten Bürgerkreisen“ dabei theilhaftig seien, ist „mindestens eine Uebertreibung“ — versichert beschwichtigend das „Leipziger Tageblatt“. Schade nur, daß es vergißt, anzugeben, wo die „feinsten Kreise“ und die „wirklich geachteten Bürgerkreise“ anfangen und wo die „Uebertreibung“ beginnt. „Leidig“ ist die Geschichte allerdings für die direct und indirect Betroffenen; fund daß sie geeignet ist, — „ganz Leipzig in üblen Geruch und entehrenden Verdacht zu bringen,“ das wurde von dem „Leipziger Tageblatt“ selbst, dessen rechte Hand nicht weiß, was die linke thut, in dem vorgestrigen Schimpfartikel auf uns, in rührendem, wenn auch unfreiwilligem Wahrheitsdrama zugegeben. —

Auf dem **Kongress der ungarischen Sozialisten**, der seit gestern in Budapest tagt, wurde die Feier des 1. Mai und eine kräftige Agitation für den Achtstundentag beschlossen. —

Die **internationale kriegstödtende Wissenschaft**. Durch die Blätter geht folgende Notiz:

Bei der neulichen Feier des 70. Geburtstages Pasteur's hielt der französische Gelehrte eine Ansprache an die Studirenden, die zeigt, daß Pasteur von den chauvinistischen Neigungen, die er früher vielfach zeigte, im Alter weit abgekommen ist. „Die Abgeordneten der strenden Nationen (so führte Pasteur nach einer in der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ mitgetheilten Uebersetzung aus) so weit hergereist, um Frankreich ihre Sympathien zu bezeigen, machen mir die tiefstinnigste Freude, die ein Mensch empfinden kann, der unerschütterlich glaubt, daß Wissenschaft und Friede über Unwissenheit und Krieg siegen werden, daß sich die Völker verständigigen müssen, nicht um zu zerstören, sondern um aufzubauen, und daß die Zukunft denen angehört, die das meine für die lebende Menschheit thun werden. Junge Männer, vertraut auf die sicheren und wirksamen Methoden der Arbeit, flieht unfruchtbareren Scepticismus und laßt Euch nicht entmutigen, wenn Euer Vaterland schwere Stunden durchzumachen hat.“

Sehr schön! Vorläufig sind aber neun Zehntel Vertreter der Wissenschaft noch im Dienste der alten kapitalistischen reaktionären Gesellschaft und schüren nach Kräften den Haß, wie zwischen den Klassen, so zwischen den Völkern, und wettern miteinander, dem Kriegsmoloch die tödtlichsten Nordwerkzeuge zu liefern. Die Wissenschaft muß erst aus den Banden des Kapitalismus befreit werden, ehe sie ihre menschheitbeglückende Mission erfüllen kann. —

Frankreich. Ein Telegramm aus Paris meldet uns das Ergebnis der gestrigen Erwahlung in Carmaux. Hiernach hat Jaurès, der Kandidat der vereinigten Sozialisten 4320, Géal (Bourgeoisrepublikaner) 3923 und Soulié, ein zweiter sozialistischer Kandidat 1076 Stimmen erhalten. Infolge der bedauerlichen Zersplitterung der Arbeiterstimmen muß also eine Stichwahl (Ballotage) — am nächsten Sonntag — stattfinden. Da von vornherein ausgemacht war, daß die Stimmen Soulié's bei einer Stichwahl sich auf Jaurès zu vereinigen haben, so ist an dem Siege des Letzteren nicht zu zweifeln. Verständiger aber wäre es gewesen, man hätte eine Stichwahl vermieden. —

Aus Paris schreibt man uns d. d. 7. Januar:

Das Gesetz vom 2. November 1892, welches den Zehntstundentag für Frauenarbeit einführt, ist mit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Die unmittelbare Folge der praktischen Durchführung dieser Zehntstundentag besteht in einer Anzahl heftiger Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern bez. Arbeiterinnen; von den verschiedensten Provinzen Frankreichs, besonders aus dem Nord-Departement, kommen Nachrichten von Streikausbrüchen; die Arbeiterinnen selbst heißt es, widersetzen sich der Verminderung der Arbeitsdauer. Die opportunistisch-manchesterlichen Blätter bemächtigen sich mit Behagen und selbst mit Jubel dieser Meldungen und rufen: Das also sind die Folgen des Eingreifens des Staats in die Arbeitsbedingungen, dahin führt die Arbeiterschutz-Gesetzgebung; die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst wollen gar nicht davon wissen, daß man sie in ihrer Freiheit, nach Belieben Arbeitsverträge abzuschließen, beschränkt; die wirklichen Arbeiter stehen den sozialistischen Schimären wie dem Achtstundentag ganz fern. Daraus ist zu erwidern, daß die ausländischen Arbeiterinnen nicht gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, sondern gegen die von den Unternehmern damit verbundene Schmälerung des Lohnes, welche man als selbstverständlich hinstellte, Widerspruch erheben. Dazu wird gemeldet, daß die Unternehmer vielfach eine derartige

Anderer drängten sich heran. Wie ein Strom floß die Menge an ihm vorüber. Endlich wurde sie lichter. Die letzten Theilnehmer gingen.

Georges nahm wieder Susannens Arm und schritt durch die Kirche.

Sie war noch voll, denn jeder hatte sich wieder auf seinen Platz begeben, um sie zusammen vorübergehen zu sehen. Langsam, ruhigen Fußes schritt er dahin; stolz trug er sein Haupt, und seine Augen besteten sich auf die große Sonnenbucht vor dem Portal. Leichte Schauer fühlte er über seinen Körper rieseln, die Schauer maßlosen Glückes. Er sah keinen andern mehr. Er dachte nur an sich.

Als er auf der Schwelle angelangt war, blickte er auf die schwarze brausende, dicht gedrängte Menschenmasse herab, die seinetwegen, Georges Du Roy's wegen, gekommen war. Das Volk von Paris beneidete und bewunderte ihn.

Dann hob er seine Augen auf und entdeckte unten hinter dem Platz de la Concorde die Kammer der Deputirten. Und es kam ihm vor, als sollte er gleich einen Sprung machen von der Säulenhalle der Madeleinekirche bis zum Portikus des Palais-Bourbon.

Zwischen zwei Becken von Zuschauern stieg er langsam die Stufen der hohen Freitreppe hinab. Aber er sah die Menschen nicht mehr; seine Gedanken gingen zurück, und vor seinen vom Sonnenlicht geblendeten Augen tauchte das Bild der Frau von Marelle auf, wie sie vor dem Spiegel stand und sich die kleinen Ponylöcher ordnete, die so leicht unordentlich wurden.

Ende.

Arbeitsteilung geschaffen haben, daß die Pausen fast weglassen und kaum Zeit zum Einnehmen der nötigsten Mahlzeiten bleibt. Ferner wolle man an einer Stelle die Angestellten zwingen, der Speisehalle zu essen, wofür ein Theil des Lohnes einbehalten werden sollte. Das sind die wahren Gründe des ausgebrochenen Streiks, nicht aber der unüberwindliche Drang der Arbeiter und Arbeiterinnen, mehr als zehn Stunden in den Räumen kapitalistischer Ausbeutung zubringen. Der wahre Schuldige," sagt Genosse Henri Brissac in der "Petite République française", "ist das Unternehmertum. Gerecht haben die Unternehmer zwar das Recht, den Hungerlohn der Arbeiterinnen noch mehr zu schmälern; aber die Gebote der Menschlichkeit sollten sie davon abhalten."

Eine große, von den Antisemiten einberufene Volksversammlung, welche gestern in Paris stattfand, wurde von der Polizei aufgelöst. Dieses Vorkommnis, das an die Zeiten des Kaiserreichs erinnert und den republikanischen Sitten durchaus zuwiderläuft, wurde vom Polizeikommissar damit gerechtfertigt, daß er eine Dynamitarturische mit halberkohltem Docht vorgeigt, die mitten im Saale gefunden worden sei. Wir haben keine Ahnung, bemerkt dazu ein radikales Blatt, "für wen es von Interesse sein könnte, ein solches Ding in die öffentlichen Versammlungen mitzubringen. Vielleicht ist es der Rest von dem famosen Paquet, das man neulich auf der Polizeipräfektur gebraucht."

Ueber die Ergebnisse der letzten am 5. Januar stattgehabten Zusammenkunft zur Gründung der sozialistischen Aktionsliga wird der Presse folgendes mitgeteilt: Nach mehreren vorbereitenden Versammlungen haben die verschiedenen Fraktionen der sozialistischen Partei definitiv eine Liga gegründet, welche beauftragt ist, in den verschiedenen Pariser Arrondissementen Sektionen zu gründen. Der endgültige Titel dieser Liga lautet "Révolutionäre Aktionsliga zur Eroberung der sozialen Republik" (Ligue d'action révolutionnaire pour la conquête de la république sociale). An der Bildung dieser Liga, von der schon mehrere Sektionen konstituiert sind, haben alle Fraktionen der sozialistischen Partei, die beiden possibilistischen, die blanquistische, die marxistische und die unabhängige teilgenommen. Wir bemerken unter den einflussreichsten Vertretern der verschiedenen sozialistischen Schattierungen, welche ihre Zustimmung erklärt haben, die Stadträte Longuet, Bailant und Prudent-Duroviers, die Abgeordneten Paulin und Lafargue, ferner Allemane, Guesde u. s. w.

Zur Ergänzung unserer Mitteilungen, die wir als Augenzeuge über die Verammlung im "Volksbause" und den Plan einer Demonstration vor der Abgeordnetenkammer machten, veröffentlichten wir noch folgende Erklärung, die der Schriftführer jener Versammlung, Genosse Joindry, auf die Anzuspungen der Gegner hin in dem "Parti Ouvrier" abgegeben hat: "Gewiß, es ist beschlossene worden — von einem halben Dutzend Bürgern zum mindesten —, das Heer aufzufordern, gemeinsam mit dem Volke zum Sturm aufs Palais Bourbon loszuziehen, und dabei hat man selbst 5 oder 6 Romen zugerufen zur Bildung eines Komitees, das sich an die Spitze der Bewegung stellen sollte. Ich erinnere mich sehr gut, daß von den bezeichneten Bürgern Allemane protestierte, da er die Sache einsehen — dumm fand; andere zwar, wie Guesde, protestierten nicht; allerdings waren sie schon fortgegangen!"

Russische Finanzen. Ein offizielles Telegramm aus Petersburg besagt:

Am 1. Oktober a. St. v. J. betragen die ordentlichen Reichseinnahmen des laufenden Finanzjahres 615 400 000 Rubel gegen 609 300 000 Rubel im vergangenen Finanzjahr; die außerordentlichen 167 900 000 Rubel gegen 84 800 000 Rubel im Vorjahre. Die gewöhnlichen Reichsausgaben betragen 636 000 000 Rubel gegen 687 600 000 Rubel; die außerordentlichen 99 300 000 Rubel gegen 88 100 000 im Vorjahre.

Am 1. November a. St. betrug der Werth der Ausfuhr aus Rußland 377 200 000 Rubel, derjenige der Einfuhr nach Rußland 308 Millionen Rubel. Die Handelsbilanz zu Gunsten Rußlands stellt sich daher auf über 69 Millionen Rubel.

In richtigem Deutsch heißt dies: die Regierung Wäterschens hat im Jahre 1893 ein noch weit — um etwa 66 Millionen Rubel — größeres Defizit gemacht als im Jahre 1891.

Was die "günstige Handelsbilanz" betrifft, so hat ein Land, welches sich gegen die Produkte anderer Länder absperret, wie Rußland dies thut, stets eine "günstige Handelsbilanz", auch wenn es auf dem letzten Loch pfeift.

Ein Organ sozialistischer Studenten erscheint in Gent, Belgien, unter dem Titel "L'Etudiant Socialiste" — "Der sozialistische Student" — und zwar zweimal monatlich. Das Blatt, welches schon Ende 1891 durch den damaligen Studentenkongress gegründet wurde, verbreitet sich mehr und mehr. Für Belgien kostet es 2 Franc, für das Ausland 2,75 Franc. Das Jahr. Näheres zu erfahren vom Sekretär des "Cercle des Etudiants", Voruit, Gent, Belgien.

In Schweden haben die Wahlen zum sogenannten "Volksreichstag" stattgefunden. Derselbe ist bekanntlich von den Sozialdemokraten und den radikalen Liberalen, welche für das allgemeine gleiche Stimmrecht eintreten, ins Leben gerufen. Bei den Wahlen in Stockholm haben sämtliche von den Sozialisten aufgestellten 14 Kandidaten, nämlich 2 Liberale und 12 Sozialisten, darunter eine Frau, mit insgesamt 12 000 von 21 000 abgegebenen Stimmen gesiegt.

Mr. Champion, einer der fähigsten aber auch zweifelhaftesten unter den neueren Arbeiterführern Englands ist wieder aufgetaucht. Bei der letzten Wahl machte er erfolglos große Anstrengungen, um ein Mandat zu erringen, und der alte Verdacht, daß er im Dienste der Tories stehe, fand neue Nahrung und kam zu neuem Ausbruch. Seitdem verschwand Champion vorübergehend aus der Öffentlichkeit, bis er vorige Woche plötzlich ein frisches Lebenszeichen gab, indem er eine neue Nummer seines vor Jahren eingegangenen "Labor Elector" (der Arbeiter-Wähler) erscheinen ließ und das Forterscheinen ankündigte. Das vor uns liegende Blatt ist mit dem, Champion eigenen Geschick und Scharfsinn redigiert — aber kann man dem Manne trauen? Unser Londoner Korrespondent, der sich schon einmal mit ihm zu beschäftigen hatte, wird wohl Näheres mittheilen können.

Alte und neue Arten und Abarten der direkten Gesetzgebung.

II. Nur die Knechtschaft ist jung. Die Freiheit ist alt. (Frau von Staël)

Lacitus, etwa anderthalb Jahrhundert später als Caesar, beschrieb und ebenfalls die Sitten und Gebräuche der Germanen. Etwas über die Schnur gehauen, hat er schon, doch war es kein

Eulenspiegel, sondern nur ein etwas zu blank gepulver, goldumrahmter, republikanisch-tugendhafter Germanenspiegel, den er seinen verklärten, verklärten oder verklärten Römern vorhielt. Weil man der germanischen Wahrheit nahekommen, muß man sich natürlich den Goldrahmen wegdenken, der Spiegel selbst wird auch nicht so tugendreich ausgefallen haben, denn damals wukten diese republikanischen Alamannen an der Spree wohl kaum so blank, wie heute "bei die kaiserliche Jarde jehupft" werden muß.

Aber frappant ist es doch, wie heute noch des Tacitus Erzählung auf das Landsgemeinde-System der schweizerischen Gebirgsstämme paßt; natürlich mutatis mutandis (Zeit und Ortsveränderungen in Anschlag genommen), aber das Bild ist doch noch genau zu erkennen, denn es giebt ja nichts Langlebigeres, Konservertiveres auf der Welt, sogar im Krautjunkerland nicht, als die radikale Volksgesetzgebung.

Die principes des Tacitus waren natürlich keine Fürsten oder gar Könige, oder überhaupt Adlige im heutigen Sinne des Wortes, wie so viele deutsche Soldaten und vornamen wollen, sondern die Vornehmen, wörtlich die Vorwogenernen, die zu erst nehmen, so weit man sie damals überhaupt "nehmen" ließ. Es waren dies die vom Volke Auserwählten — die heutigen Rathswitglieder in den Kantonen der Schweiz, die vom Volke gewählten Landammänner, die regierenden und die stillstehenden, die nur wenig oder gar nicht besoldet waren, daher zu den Wohlhabenden oder Vornehmen gehörten; die erwählten Vorsitzenden des Land- oder Volksgerichtes, die Thalschlichter; in Clarus (judi) (von judex, Richter) genannt, woraus dann der Geschlechtsname "Judidi" entstand.

Diese Auserwählten des Volkes hatten aber kein besonderes, besseres Recht, wie der spätere Adel, sondern waren Angehörige alter, "vornehmer" Geschlechter, stammten meistens von Männern ab, die einst im Krieg und Frieden dem Gemeinwesen mit Auszeichnung vorgestanden, mit Ausopferung gedient hatten und deren Namen daher dem Volke theuer waren, gerade so wie heute noch in den Kantonen, wo z. B. ein Konrad ab Jberg Landammann von Schwyz vor 600 Jahren war zur Zeit der Gründung der Eidgenossenschaft (1291). Das war ein solcher princeps, der Erste im Staate, wie ihn Tacitus uns beschreibt, dieser "ritterlich" dreinschauende Landammann war aber nicht einmal ein Ritter, sondern nur ein altfreier Landmann, wie die Mehrzahl seiner Volks- und Rathsgenossen; und sein statthaltiger Nachkomme Ab Jberg war im Sonderbund 1847 ebenfalls Landammann, aber ein besseres Recht, als die gewöhnlichen Schwyzer Landleute haben die "Ab Jberge", die "Stauffacher", die "Nebinger" in Schwyz, wie auch die "Fürsten" in Uri nie befehlen, sie waren nur in der Achtung der Landleute hochstehende Persönlichkeiten.

Der für uns wichtigste, weil die damalige (wie die heute noch bestehende) Volksgesetzgebung treffend kennzeichnende Ausspruch von Tacitus in seiner "Germania" ist im Kapitel XI: "De minoribus rebus principes consultant, de majoribus omnes, ita tamen, ut ea quoque, quorum penes plebem arbitrium est, apud principes tractentur"; ins heutige Landsgemeinde-Deutsch übersetzt, würde der Satz etwa so lauten: "Die minderwichtigen Geschäfte werden von den Mitgliedern des Landrathes berathen und endgültig beschlossen, die wichtigeren (Sachen: Gesetzes- und Finanzvorlagen) werden von Allen, d. h. von der Landsgemeinde besprochen und endgültig beschlossen, jedoch so daß auch diese (Gesetze und Volksinitiativen) über welche das Volk endgültig zu entscheiden hat, vom Landrathe vorberathen werden." Ergaß so wie es noch heute in Uri und Clarus von Altersher üblich ist. Tacitus fährt dann fort: "Sie (die Landsgemeinde) kommt zusammen an gewissen Tagen, wenn nicht etwas Unerwartetes und Plötzliches vorkommt. Wenn die Menge hinreichend beisammen ist, setzen sie sich bewaffnet nieder; Stillschweigen wird durch die Priester, denen zu diesem Behufe ein Zwangsbrecht zusteht, anbefohlen. Mox rex vel princeps, das heißt: Sodann wird der König oder der Vornehmste, nach eines jeden Alter oder vornehmer Geburt oder im Kriege erlangtem Ruhm oder Beredsamkeit angehört. Auctoritas suadendi magis quam jubendi potestate, d. h. doch haben sie mehr das Ansehen, einen Rath zu geben, als die Gewalt zu befehlen. Wenn Rede und Antrag ihnen (der Mehrheit des Volkes) mißfällt, so vernichten sie dies durch ein Geräusch; gefällt es ihnen aber, so schlagen sie die Waffen aneinander; das halten sie für die größte Ehre, wenn sie mit den Waffen ihren Beifall bezeugen."

Fast alle diese von Tacitus erwähnten Gebräuche kommen heute noch vor in dem einen oder andern Landsgemeinde-Kanton; wie vor 1800 Jahren in Germanien, so giebt es heute noch einen Landrathe, der bei der direkten Gesetzgebung mit wirkt, wichtige Angelegenheiten auch die eingereichten Volks-Initiativen wohl vorberathet, aber nicht von sich aus entscheidet. In Appenzel A. A. kommen heute noch die Landleute mit der Waffe, als Zeichen des "freien Mannes", die zugleich als Stimmberechtigungs-Ausweis gilt; sogar die vorne stehenden Pfaffen und Kapuziner, die geistliche Polizei, spielt noch eine Rolle an den katholischen Landsgemeinden. Ein solcher Landsgemeinde-Staat durfte natürlich nicht groß sein; die vom Landsgemeinde-Blat am weitesten weg Wohnenden mußten den gleichen Tag hin- und zurückkommen und doch noch der Landsgemeinde oder dem Landgericht einige Stunden bewohnen können.

Der von Tacitus zitierte rex, König, muß nach heutigen Begriffen ein kaiserlicher König gewesen sein, wenn er nur einen Rath zu geben, aber keine Gewalt zu befehlen hatte, das muß schon mehr so eine Art Landammann, der vom Volke gewählte Vorsitzende der Landsgemeinde gewesen sein, keineswegs aber ein König im heutigen Sinne des Wortes; König, als Küninc heißt denn auch ursprünglich "Geschlechts-Vorheber" von Künne, sprachlich verwandt mit dem lateinischen gens und dem griechischen genos, d. h. Geschlecht der Blutsverwandtschaft; die ursprünglichen Könige waren die von den Geschlechtsverwandten erwählten Hauptlinge; natürlich wählte man solche Vorherer oder Hauptlinge auch oft an die Spitze größerer Geschlechtsverbände und Kriegsheeren und so wurden sie zu Volkskönigen, deren es in Germanien die schwere Menge gab. Die Benennung König ist mithin ähnlich entstanden, wie aus Schulze, oder schweizerisch Schultheiß, Schuldenheißer oder Schuldrührer der Schweiz, der oberste Staatsmann von Bern und Luzern, entstanden ist.

Uebrigens sagt ja Tacitus selbst (im Kap. VII), daß die Könige aus vornehmen Geschlechtern erlesen wurden und keine unbeschränkte oder freie Gewalt hatten. (Noo regibus infinita aut libera potestas.) Nicht einmal strafen, in Bande legen oder schlagen dürfen die Könige, woson des guten, lieben, alten Triegens Kriechstock etliches zu erzählen wüßte.

Auch die principes können keine Fürsten in modernem Sinne gewesen sein; das Wort bedeutet die Ersten, im Englischen the first, im Deutschen bedeutet First das Oberste, z. B. Dachfirst, woraus die Deutschen schließlich "Fürsten" machten, während es ursprünglich nur die vom Volke erwählten Landräthe und Landrichter waren. Auch aus dem germanischen Worte Adal, das eigentlich allgemein Geschlecht, Adlunt, Art bezeichnet, entstand später ein bevorrechteter Adel mit ausgedehntem Grundbesitz, während noch zu Tacitus Zeiten (100 Jahre nach Chr.) es bei den Deutschen noch kein Privatbesitzthum an Grund und Boden gab", sagt der gelehrteste Germanist der Züricher Hochschule.

Diese allgermanische Freiheit, die direkte Gesetzgebung durch das Volk, ging dann allmählig zu Grunde, hauptsächlich durch die germanische Eroberung der weströmischen Welt, Frankreich, Italien, Spanien, Nordafrika. Aus den germanischen Heerführern und Volkskönigen wurden dann wirkliche Könige, die alsbald die Klären der römischen Caesaren und Imperatoren nachahmten. Die deutsch-fränkischen, aber in Frankreich residierenden Könige und deren Bismarck oder "Hausmeier", besonders der Sachsenkaiser Karl der Große, machten mit ihren Romanen und deutschen Söldnern und Lehnsträger-Gesellschaften nach und nach auch in ihren deutschen Landestheilen,

am Rhein, in Alamannien, im Franken- und Sachsenland (letzteres im heutigen Hannover, zwischen Holland und Nieder-Eibe) der direkten Gesetzgebung den Garaus, vornehmlich durch Niedererschlagung der durch ihre kriegerische Organisation den fränkischen Königen gefährlichen Markgenossenschaften, durch Annektirung weiter Landstriche, die sie in Lehngütern zerstückelten und an ihre Kreaturen, sowie auch an die fränkisch gesinnten neugegründeten Klöster vertheilten. Nicht zu vergessen ist nämlich, daß das Christenthum der getreue Helfer der neugebackenen Könige und Kaiserthums war; die christlichen Missionäre der Merovingen und Karolinger predigten den widerspenstigen Germanen in Deutschland das Könige- und Kaiserthum, "von Gottes Gnaden" und inspiteten ihnen die christliche Unterthanen-Demuth leider nur allzu tief ein. Die Alamannen und Sachsen waren ja nur Heiden, die man so oder anders bekehren mußte, sogar durch Wegnahme ihres Kollektiv-eigentums, ihrer Gemeinmark (Markgenossenschaft) um daraus Privat-, Adels- und Klostergut zu machen. Lange Zeit galt daher bei den heidnischen Alamannen und Sachsen: Franke, Unterdrücker der Freiheit, Mörder an der Gemeinmark und Christ, als ein und dasselbe, und darum fand auch das Christenthum, als Religion des fremden Unterdrückers, so schwer Eingang bei den urwüchsigen Alamannen und Sachsen, die sich an ihrem Bodenkommunismus festhielten.

Freilich dauerte dieser Vernichtungsprozeß bei den freiheitsliebenden Deutschen Jahrhunderte lang; am längsten erhielt sich die Volksgesetzgebung in Norddeutschland in den "Sümpfen" Hollands und Dithmarschens, und im Süden findet man sie bei der zähen Klasse der Alamannen in den Schweizerbergen noch heute am Leben; immer noch gesund, aber in hohem Greisenalter, daß sich in die heutigen großstaatlichen Verhältnisse nicht mehr schicken will, — gleichsam als erratiche Blöde vom einstigen altgermanischen Urgebirge, wo der Naturgott die dreieinige Alpenrose: Volksgesetzgebung, Volksgericht und Volkswehr wild wachsen ließ.

Es versteht sich wohl von selbst, daß die direkte Gesetzgebung in größeren Staaten nicht auf dieselbe Weise ausgeübt werden kann, wie sie vormals auf öffentlichem Plage zu Athem, in den Eichenhainen des alten Germaniens und noch heute in den Landsgemeinde-Kantonen der Schweiz gehandhabt wird. Das Wesen, d. h. die Theilnahme an der Gesetzgebung muß fortbestehen, nur die Form, in welcher die Theilnahme vollzogen wird, muß sich ändern, muß eine ganz andere werden, weil auch die Verhältnisse andere, größere geworden sind, welche nicht mehr gestatten, daß das ganze Volk sich auf einem Punkte zur Verabreichung versammelt. Unser Jahrhundert hat jedoch mit seinen großartigen Erfindungen die reine Demokratie auch im Großen vorbereitete und ermöglicht, dadurch daß sie weite Entfernungen beinahe aufgehoben, so daß ein großer Volkskörper durch Dampf, Telegraphie und Telephonie so zusammenhängt, daß die Versammlungen und Zudungen der einzelnen Glieder sofort überall verspätet werden und zum Bewußtsein gelangen. Die alte ehrwürdige Form muß daher, weil zu eng, ganz und gar verlassen werden.

Das Handmehr der Landsgemeinde, d. h. die offene Abstimmung muß, da ja jetzt jeder schreiben kann, ersetzt werden durch die geheime Abstimmung über die Gesetze (Referendum) in den Gemeinden vermittelt der Wahlen, welche mehrere Stunden am Sonntagvormittag bereit steht, so daß jeder Bürger seinen mit Ja oder Nein beschriebenen Stimmzettel zu der ihm gelegenen Zeit einwerfen kann.

Die Verabreichung an der Landsgemeinde wird jetzt, da ja jeder Lesen kann, ersetzt durch die gedruckten Erläuterungen zu den Gesetzesvorlägen. Durch die Diskussion in den Zeitungen, durch freie Versammlungen, wenn die Wichtigkeit der Gesetzesvorlagen solche öffentliche Besprechungen hervorruft.

Die Antragsstellung in den Landsgemeinde-Kantonen findet in größeren Staatsveränden durch eine anders organisierte Volksinitiative (Vorschlagsrecht des Volkes) ihren Ausdruck. Diese besteht darin, daß ein durch die Verfassung bestimmter Bruchtheil (etwa 1/10 bis 1/20) der Stimmberechtigten einen Vorschlag machen und denselben sowohl in der Form einer grundsätzlichen Frage als eines ausgearbeiteten Gesetzes zur Volksabstimmung bringen kann, ohne daß der Rath (da Parlament und Initianten gleichwertig, gleichberechtigt sind) an dem Wortlaut der Initiative das Geringste ändern darf.

Somit besteht die direkte Gesetzgebung durch das Volk namentlich aus zwei Elementen, einem anregenden und einem beschließenden:

1. aus dem Vorschlagsrecht des Volkes, auch Volksinitiative genannt,
2. aus der Volksabstimmung über die Gesetze, auch Referendum geheißen.

Zwischen beiden funktioniert als regelmäßiges Organ der Rath, welcher zwar nicht mehr ein gesetzgebender, sondern nur noch ein Gesetzes-vorschlagender, d. h. ein bloßer Rathgeber ist, dessen Rath befolgt werden kann, oder auch nicht. Der Rath ist auf diese Weise zwischen zwei Feuer gesetzt, die ihn befeindlich war zu erhalten.

Schlägt der Rath schlechte Gesetze vor (macht er Begleichungen), so werden sie durch die Volksabstimmung (Referendum) verworfen. Will der Rath seine guten Gesetze vorschlagen (begehrt er Unterlassungsgleichungen), so kommt die Volksinitiative und macht ihre Vorschläge.

Hätte Deutschland ein solches Volksinitiativrecht, so könnten beispielsweise 300 000 Sozialdemokraten dem Volke die Frage zum Entschieden vorlegen: "Soll der milliardensressende freizeitsfeindliche Militarismus abgeschafft und dafür die billige, freizeitsbringende Volkswehr eingeführt werden?"

(Bemerkung. Wer für Abschaffung des stehenden Heeres ist, schreibt: Ja. — Wer nicht da, ist: Nein.)

Briefkasten der Redaktion.

H. P. in Koblenz. Der frühere Brief, von dem Sie sprachen, liegt hier nicht vor. Der Absender, nicht Sie, soll gegen die Direktion klagen und sich auf Sie als Zeugen berufen.

A. B. 95. Ist die Sache zu Ungunsten Ihres Sohnes rechtlich entschieden, so ist nichts mehr zu machen. Sollte aber erst eine Instanz gesprochen haben, so müßte Ihr Sohn durch einen Anwalt Berufung beim Landesgericht einlegen lassen. Bei den Berufungsinstanzen würde er aber schwerlich ein anderes Resultat erzielen. Fehlen die Mittel zur Annahme eines Anwalts, so müßte Ihr Sohn sich das Armenrecht bewilligen lassen.

R. M., Maurer, Dypfenerstraße. Um Ihren Zeugnisauftrag zu veröffentlichen, müssen Sie uns noch einige nähere Angaben machen. Am besten ist es, Sie kommen mit dem Strafmandat zu uns. Aber verschäumen Sie dann die Zeit nicht.

A. G. Wenn im Vertrage nicht das Gegentheil vereinbart ist, ja.

H. N. 26. Sie haben leider zu spät gekündigt; Ihre Kündigung mußte spätestens am 31. Dezember in Händen des Verlags sein.

Briefkasten der Expedition.

An unsere Post-Abonnenten. Infolge verschiedener Reklamationen erlauben wir unsere andwärtigen Post-Abonnenten, sich in Fällen mangelhafter bezw. Nichtlieferung unseres Blattes durch das betr. Postamt beschwerdeführend an die bezüglichen Postbehörden zu wenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, 10. Januar.
Opernhaus. Bastien und Bastienne. Bajazzo. Slavische Brautwerbung.
Schauspielhaus. Die gelehrten Frauen. Herrn Kaudel's Gardinenpredigten.
Festung-Theater. Heimath.
Wagner-Theater. Der Stolz der Familie.
Berliner Theater. Othello.
Kroll's Theater. Norma.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Kesdely-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die liebe Familie. — Kleine Hände.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das verunschöne Schloß.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Das Märchen der blauen Grotte. Vorher: Othello's Erfolg und "Das Versprechen hinter'm Heerd".
National-Theater. Der Mann mit der eisernen Maske.
Alexanderplatz-Theater. Der polnische Jude.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 17. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Neu! Neu!
Der Volksmund in Berlin. versch. u. vorgez. v. Alfred Bander.
Neu! Die Tyroler Quertisten Neu! Geschwister Rainer.
Jeden Abend jubelnder Beifall des Sauchredners Blank und der **Tröckelwöhner** oder: Das Kind in der Kommode.
Realistisch-parodistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Neue Illusion:
Lotosblume.
Fantoché-Theater.
Vorstellungen v. 11-1 u. v. 4-9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wer ist der Vater?
Antwort um 9 Uhr im **Passage-Panoptikum.**

Concordia-Festsäle
C. Säger
Andreasstr. 64 und Krauzstr. 38.
Jeden Sonntag:
Gr. Instrumental-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach dem Konzert:
Grosser Ball,
ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern.
Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Säle, sowie 5 neue Regeltänze, Billard und Vereinszimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gef. Benutzung unter kulantesten Bedingungen.

Damen-Masken-Garderobe
von M. Roussel,
Skalitzerstr. 43.

Circus Renz.

(Raritätstraße.)
Dienstag, den 10. Januar 1893,
Abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.

Aus dem Progr. besonders hervorzuheben: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferd **Germinale**. **Solon**, in der hohen Schule ger. v. **Fräulein Clotilde Hager**. 8 arab. Schimmelhengste, in Freie. vorgef. von **Herrn Oscar Renz**. Königs-Quadrille, ger. von 8 Damen und 8 Herren. **Rum Schluß: Auf Helgoland.** Ballet von 82 Damen. Aufzug der **Leib-Garde-Artillerie**. Gr. Brillant-Panorama.
Morgen, Mittwoch, Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Progr. u. Auf Helgoland. Bilet-Vorverkauf an der Zirkuskasse und beim Invalidentant, Marktgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Freem-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlin, 5000 Pers. fassend.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
mit großem Programm.
Auf. Wochen. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.
Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Das anerkannt großartigste Programm der Residenz.
Jeden Abend 9 Uhr: Auftreten des **G. Braselli**, der equilibristische Kaminsleger, gen.: Das Wunder auf der freistehenden Leiter.
Um 10 Uhr: Vorführung der grossartig dressirten **Riesendoggen des Mr. Barnum**, sowie Auftreten sämtl. anderer Spezialitäten.
Jeden Abend stürmischer Erfolg.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Vereinig. der Drechsler Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Sonabend, den 28. Januar, im neuerbauten Saal der „Unions-Frauerer“, Hasenheide Nr. 22-31:

Grosser Wiener Masken-Ball.

Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Das Comité.

Verband der Bäcker und verw. Berufsgenossen.

Mitgliedschaft Berlin.
Dienstag, den 10. Januar 1893, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn **Boefeldt**, Grenadierstr. 33:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Regelmäßige Monatsgeschäfte. 2. Ergänzungswahl eines Hauptvorstands-Mitgliedes. 3. Stellungnahme zum internationalen Bäcker-Kongress. Referent: **Kretschmar**. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verein der Plätterinnen und verw. Berufsg. Berlins.

Dienstag, den 10. Januar 1893, Abends 8 1/2 Uhr, in **Nieft's Salon**, Weberstraße 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Vergnügen (Zodtenfeier). 2. Vierteljahresbericht. 3. Jahresbericht. 4. Geschäftsbericht des Vorstandes. 5. Wahl des gesamten Vorstandes. 6. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mit Gruß
Der Vorstand.

Versammlung

des Vereins sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche Berlins
am Mittwoch, den 11. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in **Vaster's Salon**, Neue Königstraße Nr. 7.

Tagesordnung: 1. Vierteljahresbericht. 2. Jahresbericht. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Mitglieder, welche noch im Besitz von Billets sind, werden gebeten in dieser Versammlung abzurechnen.
Der Vorstand.

Achtung! Korbmacher. Achtung!

Dienstag, den 10. Januar 1893, Abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung aller Branchen.
Es sind sämtliche Lieferungs-Meister hierzu eingeladen.
Das Streik-Komitee.

Achtung! Töpfer

Berlins und Umgegend.
Som Sonnabend, den 31. d. M. an werden die Karten und Quittungsmarken zum Generalfonds für das Jahr 1893 im Arbeitsnachweis durch Unterzeichneten, sowie von den Beitrags-Sammlern in den bekannten Lokalen laut Beschluss der öffentlichen Versammlung vom 23. November cr. verausgabt. Gleichzeitig mache die Kollegen noch darauf aufmerksam, daß am Sonnabend vor Neujahr die Kollegen, welche Beiträge abzuführen haben, sich von 2-5 Uhr in den betreffenden Lokalen einfinden mögen.
Mit kollegialem Gruß
326/2
Carl Thieme.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Platz, Ecke Raritätstraße.
Dienstag, den 10. Januar 1893,
Abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Benefiz-Vorstellung
für die beliebte Schul-Reiterin **Baronesse de Walberg**.
Zweimaliges Auftr. der Benefiziantin m. d. Schulpf. **Stabadka** und **Norfolk**. Der **irische Wall**, ausgeführt von 6 Hengsten, sowie d. **Feuerpf. Lucia**, vorgef. vom **Direktor Althoff**. **Mr. Thompson** mit seinen 5 Elefanten. Ein Elefant als Pianist. Auftreten sämtl. Spezialitäten. — Morgen, Mittwoch: **Gala-Abchiedsvorstellung.**

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
Kinder 10 Pf.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügen, sowie 6 Billards und 3 Regeltänze.
F. Sadtke.

Etablissement

Buggenhagen.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.
Saal täglich frei Böttcherstr. 45. [860b]
Regeltanz und Vereinszimmer noch einige Tage frei Neue Grünstraße 14.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
der **arbeitslosen Bauhandwerker Berlins**
am Mittwoch, den 11. Januar, Vorm. 10 Uhr,
im Saale des Herrn **Joël**, Andreas-Strasse Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Warum sind wir arbeitslos und wird es in Zukunft so bleiben?
(Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer **E. Gröppler**.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr,
im **Schultheiss** (früher Eiskeller), Chaussee-Strasse Nr. 88:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag über „**Spiritismus**“. Referent: **Karl Hoffmann**.
2. Korreferent: Reichstags-Abgeordneter **E. Wurm**. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Fragelasten.
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Um allen Anforderungen, die von den Genossen der Provinz an uns gestellt werden, zu genügen, ersuchen wir die Genossen unseres Kreises, alle gelefenen Arbeiterzeitungen und Broschüren an den Genossen Franz **Gleiner** abzuliefern.

Große Versammlung

des Sozialdemokrat. Agitations-Vereins für die Kreise **Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda**
am Mittwoch, den 11. Januar 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Lehmann**, Neue Grünstraße 14.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Lohse** über die bessere Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Stellung von Vorträgen zur Generalversammlung.
Laut Statut müssen Anträge zur Generalversammlung in dieser Versammlung gestellt werden.
[988/4] Der Vorstand.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Reuthstraße 2.

In unserem Verlage erschien:

Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie.

Erläuterungen zum Erfurter Programm von **Karl Kautsky** und **Bruno Schönlank**.
Groß-Oktav 64 Seiten.

Zweite durchgesehene Auflage.
Preis geheftet: 10 Pf., in Partien zum Massenvertrieb Rabatt.

Im ersten Theil ist die Prinzipien-Erklärung des Programms behandelt. In den Kapiteln — Kleinbetrieb und Großbetrieb, Kapitalist und Proletariat, Privatmonopol und Staatsmonopol, die Erhebung des Proletariats, der Sozialismus — sind die grundlegenden sozialdemokratischen Lehrgänge populär-wissenschaftlich niedergelegt; während im zweiten Theil unsere Programm-Forderungen, die von dem Klassenbewußten Proletariat als Mittel aufgefaßt werden, um das schließliche Ziel, die sozialistisch organisierte Gesellschaft, zu erreichen, erläutert sind. Es handelt sich bei dieser Broschüre darum, allen Parteigenossen, die sich in den Dienst der Partei-Organisation gestellt haben, den „**Massen-Vertrieb**“ besonders zu empfehlen, da mit dieser Schrift die Möglichkeit gegeben ist, immer neue, ungezählte Anhänger für unsere gemeinsame Sache zu gewinnen. Der Preis ist aus dem Grunde so niedrig gestellt worden.

Ferner empfehlen wir folgende Erscheinungen unseres Verlages als zur Massenverbreitung besonders geeignet:

Bur Landagitafion.

16 Seiten. — Preis 10 Pf. — In Partien: 100 Exemplare 3 Mark.

„Nieder mit den Sozialdemokraten!“

Von **Wilhelm Bracke**.
26 Seiten. — Preis 10 Pf. — 100 Exemplare 7,50 M.

Die Soldaten-Mißhandlungen

vor dem Deutschen Reichstage.
Rede **Bebel's** in der Sitzung vom 13. März 1891.
(Stenographischer Bericht.)
26 Seiten. — Preis 15 Pf. — 100 Exemplare 10 Mark.

Freiherr von Stumm und die Sozialdemokratie.

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags am 10. und 12. Mai 1892, betreffend die Maßregelung der sozialdemokratischen Arbeiter in den Staatsbetrieben.
32 Seiten. — Preis 10 Pf. — 100 Exemplare 5 Mark.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.
4 Seiten. — Preis 5 Pf. — In Partien: 100 Exemplare 50 Pf.

Organisation

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitage zu Halle 1890
(mit den auf dem Berliner Parteitage 1892 angenommenen Abänderungen).
4 Seiten. — Preis 5 Pf. — In Partien: 100 Exemplare 50 Pf.

Wir ersuchen alle Freunde unserer Sache, da wo es gilt, weitere bisher unzugängliche Kreise für unsere Grundzüge zu gewinnen, die oben angeführten Agitationschriften zunächst berücksichtigen zu wollen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedrucker nehmen Bestellungen entgegen.
Auswärtige Besteller werden gebeten, ihren Aufträgen gleichzeitig den Betrag (Porto extra) beizufügen.
400/4

Zahnarzt **Rob. Wolf**, Brunnenstr. 4 (Rosenth. Th.). Künstl. Zähne u. 2 M. an Plomb. v. 1,50 M. an. Schmerzl. Zahnj. u. Reinigung. d. Zähne 1 M. Sprecht. 8-7

Vom Bergarbeiterstreik.

Einer Reporternachricht zufolge soll sich das preussische Staatsministerium unter Vorsitz des Grafen Eulenburg am Sonnabend mit dem Bergarbeiterausstand beschäftigt haben. Der Reichstanzler soll der Sitzung gleichfalls beigewohnt haben.

Ueber die am Sonntag in den nördlichen Kohlenrevieren stattgehabten Bergarbeiterversammlungen wird berichtet:

Essen a. d. Ruhr, 8. Januar. (S. L. B.) Die hiesige überaus zahlreich besuchte Bergarbeiter-Versammlung entschied sich dahin, von einer definitiven Beschlussfassung abzusehen und die Nachmittags in Bochum stattfindende Versammlung abzuwarten und deren Beschlüsse anzuerkennen. Die Versammlung wählte geheim aus jeder Ortschaft drei Delegirte für die Bochumer Versammlung und forderte achtstündige Schicht, Selbstverwaltung der Knappschaftsklasse oder Gleichberechtigung der Arbeiter in der Verwaltung derselben und Arbeiterschiedsgerichte.

Bochum, 8. Januar, Abends 7 Uhr. (S. L. B.) Die heutige Bergarbeiter-Versammlung im hiesigen Schützenhof war von etwa 4000 Personen besucht. Das Bureau wählten die sozialdemokratischen Führer Bunte, Schedder und Meyer, welche selbst nicht mehr als Vergleute thätig sind. Die Berichterstatter aus allen Bezirken erklärten, daß die in der heutigen Versammlung vertretenen Vergleute den von derselben gefassten Beschlüssen beitreten würden. Auf die von Bunte gestellten Fragen, ob die Vergleute im Saarrevier ein Recht gehabt hätten, zu streiken, ob man die Verpflichtung habe, sie zu unterstützen und ob die Unterstützung durch einen Streik geschehen solle, antwortete die Versammlung mit „Ja“. Die Frage, ob am Montag oder erst am nächsten Mittwoch gekündigt werden solle, wurde verneint, ebenso die Frage bezüglich der Selbstverwaltung der Vergleute des Saargebietes. Vor dem Schluß der Versammlung fand ein anonym eingegangener Antrag, die Vergleute des Saarreviers durch Niederlegung der Arbeit am morgigen Tage zu unterstützen, Annahme. Die Wahl eines Streikkomitees und eines Zentralortes soll nach Ausbruch des Streikes erfolgen. Die Versammlung war auch von Sozialdemokraten und Nichtbergleuten stark besucht.

Gelsenkirchen, Sonntag 8. Januar, Abends. Die hiesigen Bergarbeiter-Versammlungen traten dem Streikbeschlusse einstimmig bei; die Straßen sind sehr belebt, es ist bisher zu keinerlei Unruhestörungen gekommen.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Die am Freitag der Auflösung verfallende öffentliche Bergarbeiter-Versammlung, in welcher der Schlusssprecher Schöttchen - Saarzopf verhaftet wurde, fand am Sonntag Morgen ihre Fortsetzung. Das Versammlungslokal von Plaaß war überfüllt, hunderte standen noch vor den Thüren. Siebald eröffnet 11 1/2 Uhr die Versammlung. Ins Bureau gewählt werden Bunte, Siebald und Schröder. Querst nimmt das Wort Bunte. Er geht auf den von der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung an den Pranger gestellten und aus Licht gezogenen Bericht der „Harpener Bergbau-Gesellschaft“ ein, dessen Einzelheiten ausführlich behandelt. Scharf geißelt er den Versuch der Gegner, die Bewegung im Ruhrrevier als „Rache“ hinzustellen und den Agitatoren zu unterstellen, diese brauchten die Unzufriedenheit, weil sie „davon lebten“. Kann man denn von der Unzufriedenheit leben, wenn der Unzufriedene nichts zu essen hat? Wer von den Arbeitergroßen lebt, das sind andere Leute. Den neuesten Nachrichten vom Saarrevier nach streiken noch 20 000 Mann. Wenn nach acht Tagen Streik noch so viele den Ausstand aufrecht erhalten, so lehrt das, daß sie volle Ursache zum Streik hatten, und mögen noch soviel Zeitungsbredakteure in ihren warmen Redaktionszimmern das Gegenteil niederschreiben. Fragen wir, wie sollen wir die Kameraden im Saarrevier unterstützen, so wird mancher denken: ich würde gern eine Mark hergeben, aber ich habe sie selbst für meine Familie nötig. Die Löhne schwanken hier zwischen 50 und 85 Mark. Redner fragt die Versammlung: „Hatten die Kameraden im Saarrevier ein Recht zum Streik oder nicht?“ Die Versammlung antwortet mit brausendem Jurauf: „Jawohl! Rechi!“ Sollen die Vergleute im Saarrevier unterstützt werden?“ Wird einstimmig bejaht. „Sollen wir sie materiell unterstützen?“ Wird gegen 2 Stimmen verneint. „Sollen am Mittwoch sämtliche Vergleute dieses Reviers kündigen?“ Bewegung. Einstimmig verneint. „Wollt Ihr am Montag die Arbeit kündigen?“ Nein! Nein! „Dann müßt Ihr wissen, was Ihr am Montag zu thun habt!“ Brausender Jurauf: „Jawohl! Streik! Streik!“

Sodann geht Bunte auf die Anstellung der Oberältesten ein; die Juchensbesitzer würden nach der Wahl der Knappschaftsältesten im letzten März, als eine ganze Reihe ihnen genehmer Aeltester nicht wiedergewählt war, wohl gedacht haben: „Gut, wenn ihr sie nicht mehr haben wollt, dann nehmen wir sie und stellen sie als Oberälteste mit 15-1800 M. Gehalt an.“ Wie sind, fährt Redner fort, noch nicht am Ende aller Oberältesten, sondern wenn nach 5 oder 6 Jahren bei der Neuwahl der Ältesten abermals so und so viel Älteste aus der Knappschaft heraussitzten, dann wird man eher 24 als keine weitere Oberälteste aus diesen machen. Sollen wir für diese Leute unser Geld bezahlen, das schon 6 M. und darüber an die Knappschaftskasse beträgt?

Darauf gelangte die Resolution der Essener Freitag-Versammlung, die sich gegen die Anstellung der Oberältesten und gegen das Knappschaftsstatut richtet, zur Abstimmung. Sie wird einstimmig angenommen.

Brücker: Wenn uns nach der neuen Arbeitsordnung bei Einstellung der Arbeit 6 Tage Lohn abgezogen werden sollen, so ist das vielen neu. Die Arbeitsordnung ist durchaus nicht allen bekannt geworden. Ich habe weder Statutenbuch noch Anschlag gelesen. Die Juche „Tremontia“ hat dieselben in Besitz und andere Juchen scheinen sie überhaupt nicht zu haben.

Bunte: Die Arbeitsordnung ist trotzdem gültig. Die Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiter haben zu der Arbeitsordnung nichts zu sagen gehabt. Die Juchensbesitzer veröffentlichten sie möglichst früh, da sie sich sagten, daß sie dann keine Arbeiter darüber zu hören brauchten. (Pui! Pui!) Was in der Arbeitsordnung steht, wird auch gehandelt, ob ihr sie gelesen habt oder nicht.

Schönwald: Es ist am besten, heute Personen zu wählen, welche die Organisation hier in die Hand nehmen. Um die Streikenden gewissenhaft zu unterrichten, soll man die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung zum Publikationsorgan wählen. Den nach Bochum geschickten Delegirten soll aufgetragen werden, dafür zu wirken, daß das Streikkomitee nach Dortmund, dem Sitz der Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ verlegt wird.

Wienecke: Laßt uns Leute ins Komitee wählen, die schon auf dem Straßenpflaster liegen, damit nicht noch mehr außer Arbeit kommen.

Es wurden darauf zur Versammlung in Bochum gewählt: Bunte, Schönwald und Dückerhoff. Die weitere Abstimmung über den Antrag Schönwald ergibt einstimmige Annahme.

Bunte ermahnt zur Ruhe, warnt davor, sich provozieren zu lassen und schließt mit dem Ruf: „Die Arbeit werde frei!“ mit dreifachem Hoch die mutterhastig imposante Versammlung, die unter Abfangen der Marschlaute auseinandergeht. Die nächste Versammlung ist Dienstag Nachmittags 6 Uhr.

Aus Bochum empfangen wir folgenden Bericht: Die am Sonntag Nachmittag hier stattgehabte entscheidende Versammlung der Delegirten und Bergarbeiter des Ruhrreviers war von über 10 000 Mann besucht. Das große Lokal im Schützenhof, in dem 1891 Bebel sprach, war überfüllt. Joh. Meyer - Gelsenkirchen eröffnet gegen 4 Uhr die Versammlung. Ins Bureau werden gewählt Joh. Meyer, Bunte und Schröder. Zunächst spricht Bunte. Derselbe geht auf die Entwicklung der Bewegung ein, theilt mit, daß gegen den in Dortmund verhafteten Schöttchen Anklage auf Grund von § 130 des Str.-G.-B. erhoben werde, und welche Beschlüsse in Dortmund gefasst sind. „Beschlusst und berathet nun sachlich und ruhig! Erkennt Ihr die Berechtigung des Streiks im Saarrevier an, so müßt Ihr die Streikenden unterstützen, entweder durch Geld oder, wenn Ihr das nicht habt, auf andere Weise.“ (Bravo.)

Meyer kennzeichnet zunächst die unwahre Berichterstattung der „Kölnischen Zeitung“ und führt im weiteren aus: Die Kameraden im Saarrevier verlangen achtstündige Schicht, einen Lohn von 4,50 und eine Verringerung der Arbeitsordnung. Sie fordern Verkürzung der Schicht, der Arbeitslosen wegen, deren Beschäftigung die allgemeine Nothlage lindern, den Konsum heben und dadurch die Krise abkürzen würde. Der „Bergmannsfreund“ verdient die schärfste Weisung für seine Fälschung der die Lage der Bergarbeiter betreffenden Thatsachen. Sodann schildert Redner die Saarbrücker Arbeitsordnung.

Ballmann - Essen stellt die Haltung der Essener Versammlung vom Freitag und Sonntag Morgen dar. Man hat beschlossen, die Bochumer Beschlüsse unbedingt anzuerkennen. Folgende Forderungen seien bei einem eventuellen Ausstand aufzustellen: Selbstverwaltung der Knappschaftsklasse, Schiedsgerichte mit zwei Drittel Arbeiterbesitzern, achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, Verringerung der Arbeitsordnung. Wenn ein Ausstand beschlossen wird, so muß Mann an Mann geordnet werden, die politische und religiöse Stellung darf nicht entweichen. (Bravo! Bravo! Streik! Streik!) Die Versammlungen sind auf Drängen der Delegirten einberufen und keineswegs von den Führern vorbereitet.

Diekmann - Gelsenkirchen: Die Versprechungen, die man uns 1889 bei Beendigung des Streiks gegeben hat, sind nicht gehalten worden. Dieselben schauerhaften Zustände sind wieder eingetreten, ja, es ist schlimmer als zuvor. Die heutige Morgenversammlung in Gelsenkirchen war sehr stark, zu stark besucht. Sie beschloß die thätigste Unterstützung der Kameraden an der Saar, aber nicht durch Geld, denn das hat man auch hier nicht, sondern auf andere Weise. Die ultramontane „Gelsenkirchener Zeitung“ bezeichnet den Saartreik als unmoralisch, obgleich die Arbeiter dort durch die Drangsalirung zum Streik gezwungen wurden. Die Solidarität darf keine Phrase werden, wir müssen sie energisch betätigen. Bei der guten Kartoffelernte können wir einen Ausstand schon einige Zeit aushalten.

Bunte stellt darauf die aus den Versammlungen in Essen, Dortmund u. s. w. bekannten Fragen. Nachdem die Frage bejaht ist, ob durch Arbeitsniederlegung den Kameraden an der Saar Hilfe gebracht werden solle, meint Bunte, Ihr habt dann zu kündigen. (Laute Jurauf: Thun wir nicht, niemals!) Soll am Mittwoch oder Montag die Arbeit gekündigt werden? (Nein, keine Kündigung! Große Erregung!) Dann verfallt ihr dem Kontraktbruch!

Keine einzige Hand erhebt sich auf die Frage, ob am Montag gekündigt werden solle.

Bunte: Dann muß ich fragen, was Ihr wollt. (Brausende Jurauf: Streik! Streik! Am Montag!) Ich darf nicht fragen, ob Ihr streiken wollt. (Jawohl, Streik! Streik!) Das bedeutet einen Kontraktbruch. (Schadet nichts! Schadet nichts!) Ihr müßt jetzt wissen, was Ihr zu thun habt! Ich darf es, um das Gesängnis zu vermeiden, nicht sagen.

Mattern - Gelsenkirchen: Die Grubenproletarier in Gelsenkirchen, über deren Versammlungen ich zu berichten habe, sind dort so erregt, daß ein allgemeiner Madderabatsch nicht unmöglich ist. Wenn ich recht berichtet bin, ist das Militär aus Münster schon auf dem Wege nach hier. Man darf mir vom Vorstandstische nicht Wägigung antsehen; ich habe die Pflicht, hier feurig zu reden. Eine laue Sprache nützt nichts. Wir können ebenso gut nicht arbeiten und hungern als hungern und arbeiten. Wir haben nichts zu verlieren, sondern viel zu gewinnen. Einig müssen wir sein, politische und religiöse Unterschiede dürfen uns nicht trennen. Nicht die Sozialdemokratie hat uns angehebt, sondern der profitwähigste Kapitalismus. Der billige Preis der Kartoffeln bildet jetzt den Vorwand für die schamlosen Lohnbrüderereien. Verlaßt Eure darbdenden Brüder nicht! Hungert ohne zu arbeiten! (Bravo! Bravo! Bravo!)

Meyer: Ich ziehe mir die Mattern'schen Ausführungen betreffs lauer Sprache nicht an. Ich thue, stets meine Pflicht! (Bravo! Bravo! Bravo!)

Es geht folgende Resolution ein: „In Erwägung, daß infolge der Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Blätter eine Form geschaffen werden muß, um eine schnelle und wahrheitsgetreue Berichterstattung für die Bewegung im Ruhrrevier zu schaffen; in Erwägung, daß im Ruhrrevier nur ein täglich erscheinendes Arbeiterblatt existirt, dessen Berichte für die Vergleute außer dem Verbandsorgan allein maßgebend sein können; in fernerer Erwägung, daß Redaktion und Verlag dieses Arbeiterblattes sich in Dortmund befindet, beschließt die Versammlung, das gewählte Streikkomitee hat seinen Centralort in Dortmund und steht mit den übrigen Lokalkomitees in direkter Verbindung. Schönwald - Dortmund.“

Spörkel - Rothhausen: Ich habe in Essen gegen den Ausstand gesprochen, bin aber niedergeschrien worden. Die heutige Versammlung beweist, daß ich mich geirrt und daß der Ausstand nicht von der Sozialdemokratie gemacht, sondern der Wille der Arbeiter ist. Gest auf die Zeitungsnachrichten nichts, sondern hört auf die Delegirten.“ Er verliest sodann den (unten ausgangsweise veröffentlichten) Artikel „Entlarvt“, aus der Sonabendnummer der Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung, und knüpft daran eine scharfe Kritik. Bestimmt, was ihr wollt; das Volk hat jetzt das Wort.

Schönwald - Dortmund: Die Arbeitsniederlegung ist beschlossen, aber nicht der Tag, an dem sie stattfinden soll. Doch meine ich, morgen . . . ist Montag, wo man eine ganze Woche vor sich hat. Er ermahnte zur Einigkeit und größter Ruhe. (Bravo! Bravo!)

Meyer - Gelsenkirchen liest in Anknüpfung an die Worte Schönwald's eine Notiz der „Kölnischen Zeitung“ vor, welche lautet: „Heute ist Freitag, morgen wird blau gemacht und wenn am Sonntag gut geredet wird, so geben am Montag Blaumacher und Streikende in einander über.“ (Pui! Pui!)

Ballmann: Es ist Zeit Beschlüsse zu fassen. Mehrere müssen abreisen. Es scheint, man hat Angst, eine gewisse Frage an die Versammlung zu richten. Aber die Versammlung muß beschließen.

Bunte: Ich denke, der definitive Beschluß ist gefaßt, eine Abstimmung nicht mehr nötig. (Zustimmung und Widerspruch.) **Böcker** - Rothhausen: Man nennt die Gemäßigten „Aufheber“, weil sie ihre im Glend schwächenden Kameraden nicht im Stiche lassen. Betrachten Sie den morgigen Montag

als einen heiligen Tag. (Brausendes Jawohl!), dann müssen Sie wissen, wie Sie ihn begehren. (Brausendes Jawohl! Streiken!)

Bauer - Weimar: Man sollte die wichtige Frage des Ausstandes reiflicher überlegen. Die Kameraden meines Bezirks fühlen sich zwar solidarisch mit den übrigen Bergarbeitern, aber nicht, wenn die nördlichen Juchen sie wie 1891 im Stich lassen. Wir sichern euch thätigste Hilfe zu, aber nur, wenn Aussicht auf Erfolg da ist.

Bringewald - Wattencheid: Die Wattencheider werden in den Streik eintreten, wenn die übrigen Juchen vorangehen, weil man sie 1891 im Stich gelassen hat.

Braunenberg - Steele mahnt begeistert zur Einigkeit. Folgender Antrag ist eingegangen: „Beantworte, daß man die Saarbrücker Kameraden durch Arbeitsniederlegung am Montag unterstütze.“ (Ohne Namensunterschrift.) Es wird einstimmig beschloffen, diesen Antrag zu debattiren. (Brausender Beifall.)

Schröder dankt für die den Brüdern im Saarrevier dargebrachte Sympathie. Möge kommen, was da will, wie werden unsere Schuldigkeit thun.

Bunte weist auf die Resolution „Schönwald“ hin. Er stimmt derselben zu. Das solle nicht heißen, daß die Dortmund der Zentrale haben wollten, es komme ihm nur auf schnelle Berichterstattung an.

Diekmann: Es müssen in allen Bezirken Kommissionen gewählt werden. Dann muß der Zentralpunkt bestimmt werden.

Meyer: Erst muß der Montag abgewartet werden, ob gestreikt wird, und dann sind möglichst wenig Personen zu wählen, damit nicht zu viele verhaftet werden. Es ist ein Antrag eingelaufen, das Verbandsorgan während des Streiks täglich erscheinen zu lassen. Ich halte die Abstimmung für überflüssig. Wir müssen erst abwarten. (Schlußruf.) Es wird mir vorgeworfen, es sei nicht abgestimmt worden, wie die Saar-Kameraden unterstützt werden sollen. Das ist doch ein großer Irrthum. (Sehr richtig! Streik! Streik!)

Es ist ein Antrag von Böcker - Rothhausen eingelaufen, das Verbandsorgan während des Streiks täglich herauszugeben. Die Versammlung beschließt, über diesen und die übrigen Anträge erst nach Ausbruch des Streiks zu beschließen. Nach mehrmaliger Ermahnung Schröders zu fester Einigkeit wird die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Bergarbeiterbewegung geschlossen.

Die Redaktion der in Dortmund erscheinenden „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ hatte das Glück, eine Druckschrift aufzufischen, die jedenfalls nicht für die Oeffentlichkeit und ganz gewiß nicht für die Redaktion einer sozialdemokratischen Zeitung bestimmt war, sondern deren Wirkungskreis nicht über die Grenze der „Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft“ hinausgriff. Die Druckschrift trägt auf der ersten Textseite (von dem Titelblatt fehlt die obere Hälfte) die Ueberschrift: Bericht des Ausschichtsrathes zur ordentlichen Generalversammlung am 29. Oktober 1892. Dieser Bericht enthält die Abrechnung pro 1891-92 und außerdem Vorschläge, deren einer ein Jugendsündnis von großem Werthe ist. Auf Seite 4 des Berichts ist zu lesen: „Das Sinken der Arbeitsleistung ist weniger der verminderten Leistung der Kohlenhauer, als der verminderten Abbaumethode mit Vergeverfah auf vielen Juchen zuzuschreiben, und muß damit auf die Dauer gerechnet werden. Immerhin hat die Erfahrung gezeigt, daß eine Erhöhung der Leistung bei sinkenden Löhnen eintritt, und eine Ermäßigung der Löhne ist die notwendige Folge der veränderten Lage der Kohlenindustrie, da die Löhne allein 1/3 der Selbstkosten ausmachen. Die Herabsetzung der Löhne kann selbstverständlich nur allmählig geschehen, und wird durch den Preisrückgang der Nahrungsmittel, infolge der reichen Ernte, diese Maßregel den Arbeiter weniger hart treffen.“ - Unser Bruderorgan meint zu diesem netten Bröckchen von Arbeiterfreundlichkeit der Juchensbarone: Jeder Arbeiter, der nach dem großen Streik von 1889 einen Blick in grubenkapitalistische Blätter warf, hat zu hundert von Malen lesen müssen, daß der Streik die Bergarbeiter fähig und arbeitsunwillig gemacht habe, daß das Sinken der Arbeitsleistung nichts als den geschwundenen, durch Hezer gestörten Frieden zwischen Kapital und Arbeit zur Ursache habe. Und nun? Was lesen wir hier schwarz auf weiß? In der Hauptfache ist die Methode des Abbaus, die eine Verringerung erfährt, Schuld daran. Und weiter, wie nennt man es, wenn, als die gute Ernte winkt, kapitalistische Blätter einen Lobgesang anstimmen und den Arbeiter auf die nahen Ertragslöhnergestaltung seiner Lebenshaltung hinweisen, und wenn nun, nachdem die Zueherung in etwas nachgelassen, das Kapital sich dieser Thatsache bemächtigt und seine Schritte, aus dem armen ausgegammelten Proletarier immer noch mehr Mehrwerth herauszupressen, danach einrichtet? Wie nennt man das? Das nennt man brutal, nein, schlimmer als brutal, der Ausdruck dafür muß erst noch gefunden werden.“

Vom Montag liegen folgende Nachrichten des Wolff'schen Telegraphenbureaus vor:

Saarbrücken, 9. Januar. Nach der „Saarbrücker Zeitung“ sind heute 1089 Mann mehr angefahren. Die Abnung am Sonnabend verlief ohne Störung. Viele der Streikenden haben ihren Lohn nicht in Empfang genommen. Größere Ablegungen stehen bevor.

Gelsenkirchen, 9. Januar. Viele Arbeiter der umliegenden Juchen wollen die heute und morgen stattfindende Abschlagszahlung abwarten und am Mittwoch bezüglich ihres Eintritts in den Streik ihre Entschlüsse fassen.

Gelsenkirchen, 9. Januar. Im Herner, Bochumer und Wattencheider Bezirk sind sämtliche Arbeiter zur Nachmittags-Schicht angefahren. Im Gelsenkirchener Bezirk ist der Streik auf den Juchen „Siberia“ und „Wilhelmine“ jetzt allgemein. Auf Juche „Consolidation“ streikt ein Theil der Arbeiter, die übrigen sind angefahren.

Essen a. d. Ruhr, 9. Januar. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge sind die Delegirten der im Landrevier Essen gelegenen Juchen „König Wilhelm“ und „Carolus Magus“ teilweise ausständig. Angefahren sind auf „Neu-Köln“ von 88 Arbeitern über Tage 40, von 322 unter Tage 39, auf „Wolfsbank“ von 580 Arbeitern 180 über und 35 unter Tage, auf „Carolus“ von 55 über Tage 50 und von 209 unter Tage 100.

Dortmund, 9. Januar. Hier ist heute alles ruhig an Arbeiten. Erst nach der morgenden Lohnabschlagszahlung dürfte es sich, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung meint, entscheiden, ob der Bochumer Streikproklamation Folge geleistet wird. Unter Tage wird die Agitation für den Ausstand lebhaft betrieben.

Bochum, 9. Januar. Auf den benachbarten Juchen „Präsident“, „Konstantin“, „Karolinenberg“, „Herminenglad“, „Loborius“ und „Dannenbaum“ sind sämtliche Arbeiter zur Frühlingschicht angefahren.

Köln, 9. Januar. Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge sind auf Juche „Wilhelmine Victoria“ von der Bergwerks-Gesellschaft „Siberia“ bei der heutigen Morgenschicht von 1604 Mann Belegschaft 465 Mann angefahren.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ beginnt es auch unter den Lothringischen Bergarbeitern zu gähnen. Am Sonntag sollte in Alglashütte eine Massenversammlung statt

„Infolge Eingreifens der Kreditdirektion zu Forbach überließ jedoch die Versammlung.“

Die „Schlägel und Eisen“ mittheilt, wollen die Bergleute eine Deputation mit einer Eingabe nach Berlin schicken, die der Regierung und dem Kaiser vorzulegen sein soll. Dort würde diese den Beweis stiegeltig werden soll. Dort fertigt sie, mit welcher der Anstand provoziert worden sein soll, nicht auf Seite der Bergleute zu suchen ist. Die Eingabe schließt mit der Bitte an den Minister, diese dem Kaiser vorzulegen, ferner, die kompetenten Behörden anzuweisen, daß sie über eine entsprechende Abänderung des Arbeitslohns und der Vertretungsbedingungen mit dem Vorstand des Bergbauvereins verhandeln und die Befugnis geben, daß jedwede die anstößigsten Bestimmungen fallen und den allerdringendsten Beschwerden abgeholfen werde, endlich dem gewerkschaftlichen Bergbauverein die ihm längst gebührende juristische Persönlichkeit und die Errichtung der Bergbauvereine nicht länger vorzugewähren.

Nach einer Mittheilung des „West. Merk.“ aus St. Johann hat die Handelskammer eine Expedition an den Minister Thielens gerichtet, in der um Gewährung des sogenannten Rastplatztarifs für den Eisenbahnbezug von Kohlen und Stacks von der Ruhr, vom Schweizer Revier und womöglich aus Belgien für die Dauer des Streiks getreten wird. Bei Nichtbewilligung seien umfassende Betriebsbeschränkungen unvermeidlich.

Das Bochumer Landratsamt giebt, wie die „Nat. Ztg.“ meldet, die Bestimmungen des Berggesetzes, der Gewerbe-Ordnung, des Preßgesetzes und des Strafgesetzes über den Streik bekannt. Wo streikende Zechen liegen, wurde die Polizeistunde auf 8 Uhr festgesetzt und alle Feiertage verboten.

Aus dem Saarrevier wird uns geschrieben: Die vom Bergmannsfreund am 7. Januar auf 6784 Mann angegebene Zahl der Nichtstreikenden und mit 20000 Mann bezeichnete Zahl der Streikenden ist falsch. Die Bergleute erklären, daß die Zahl der Streikenden größer sei, als die Presse angiebt. Ich schätze sie auch immer noch auf nahezu 24000 Mann. Im Streikgebiet ist Alles ruhig. Die Schanergeschichten sind durchweg erloschen; ebenso ein großer Theil der gewöhnlichen Klammernachrichten. (Zwischenzeiten gegen einzelne Nichtstreiker etc.) Die Versammlungen sind stets gut besucht; zum Weiterstreiken ist Alles entschlossen. Betreffs des Aufzugs, der hier und da mit dem Schießen getrieben wird, das am Rhein zu den Volksbefestigungen gehört, schreibt unser Parteiorgan, der „Vote von der Saar“: Wir haben nicht so zarte Nerven, daß wir bei jedem Revolverknall in Ohnmacht fallen, es ist aber doch in puncto Revolverknallerei des Guten zu viel geschehen. Wir glauben nicht daran, daß nach Reuten geschossen wurde, sondern es handelte sich wohl lediglich um Demonstrationen. Nun ist die Gefahr, jemanden zu verletzen, immer groß, dazu kommt noch die Bestrafung, wenn einer beim Schießen oder Waffentragen erwischt wird; wir meinen, soviel wäre das Veranlassen der Knallerie nicht werth. Wir möchten überhaupt an die Streikenden die Mahnung richten, sich ruhig innerhalb des Rahmens des Gesetzes zu halten, durch etwas anderes schaden sie sich nur selbst. Es ist anzuerkennen, daß die Obedienz bis jetzt in verhältnismäßig ruhiger Weise ihre Obliegenheiten erfüllte, hoffentlich bleibt das so.

Der St. Johanner Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ schreibt dieser, in der am 6. Januar auf dem Bildstock abgehaltenen Versammlung wurde lebhafteste Klage darüber geführt, daß die Arbeiterausschüsse eine bloße Dekoration seien; man höre sie, aber man kümmere sich nicht um sie. Rohheiten einzelner Bergleute seien scharf gemißbilligt worden. Nicht ein Mal, nein zehn Mal hat man heute von den Rednern der Bildstock-Versammlung den Mahnruf gehört: Niemand lasse sich zu Thätlichkeiten hinreißen, niemand belästige die nichtstreikenden Arbeiter, niemand trete den Gebirgsbauern zu nahe! Weiter meint der Korrespondent: Wenn man sich mit der Frage beschäftigt, wie denn die politischen Parteien zum Streik sich verhalten und ob und in welchem Grade sie die Hand im Spiel haben, so ist nach meinen Beobachtungen die einzig richtige Antwort die, daß die Bergarbeiter ganz selbstständig vorgehen und weder vom Zentrum noch von der Sozialdemokratie eine Weisung empfangen haben. Das Zentrum hat seinen früheren Einfluß hier eingebüßt; die Weislichkeit nimmt zum Theil Stellung gegen den Anstand — so findet dieser Tage eine Konferenz von Geistlichen statt, die sich mit der Frage beschäftigen soll, wie man die irregulierten Bergleute dazu bewegen könne, von ihrem Beginnen abzulassen. Andererseits wollen die Arbeiter auch von der Sozialdemokratie wenig mehr wissen und in der heutigen Bildstock-Versammlung wurde von mehreren Rednern unter stürmischem Beifall der Anwesenden erklärt: wir sind keine Sozialdemokraten, wir stehen fest zum Kaiser und Reich, aber wir wollen auch für uns und unsere Familie sorgen.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt noch folgende angeblich authentische Mittheilung: Die Regierung wird sich dem Streik gegenüber abwartend verhalten und ihre Aufgabe darin erblicken, nur die Ordnung aufrecht zu erhalten, ohne Heranziehung von Militär. Die Regierung verlangt die Aufnahme der Arbeit und will dann erst die Grubenausschüsse über die Wünsche der Arbeiter hören, doch ohne Behandlung der gegenwärtigen Forderungen. Die Regierung hofft durch persönliches Nähertraten gegenüber den Wünschen und Bedürfnissen der Bergleute auf nachhaltige Beruhigung. Auf die Streikforderungen will sie nicht eingehen. Es werden Kontraktstrafen, sowie zeitweise und dauernde Ablegung verhängt werden. Die Meldung von Ablegung von 4000 Arbeitern ist unbegründet. — Diese Mittheilung wird weder die Bourgeoisie, welche von der Regierung „schneidriges Vorzeichen“ beansprucht, noch die Bergleute berühren, welche Beachtung ihrer Beschwerden verlangen. Da die Regierung sich ferner dem Streik gegenüber abwartend verhalten will, so bleibt vorläufig alles beim Alten. Für einen Staat, der einst die „Sozialreform“ auf sein Programm setzte, in der That nicht übel!

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das Protokoll über eine in der Bergwerksdirektion Saarbrücken am Freitag geplatzte Besprechung besagt: „Nach Anhörung des Ausschusses der bergmännischen Deputation erklärte Herr Geheimrath von Velsen: 1. er weigere sich aufs Bestimmteste, mit dem Vorstand des Bergbauvereins oder dem von denselben bestellten Streikkomitee in irgend welche Verhandlungen einzutreten; 2. er verlange zunächst überhaupt, daß die Belegschaften die Arbeiten wieder aufnehmen. Sodann beauftragte der Herr Geheimrath von Velsen den Bergassessor Hilger, die von Fox und Andre in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Belegschaft der königlichen Gruben vorzubringenden Forderungen zu Protokoll zu nehmen. Darauf erklärte Fox und Andre folgendes: Die Belegschaften verlangen Abänderung der neuen Arbeitsordnung, sowie das Anknüpfen der Grubenausschüsse, daß Ablegungen während des jetzigen Ausstandes nicht eintreten sollen. Darauf erklärte der Vorsitzende des Bergwerks, daß er es ablehnen müsse, über derartige Forderungen in Verhandlungen mit der Belegschaft einzutreten. v. Velsen, Job. Fox, Jakob Andre, Hilger, königl. Bergassessor. (Begläubigt) Schneider, königl. Kanzleirath.“

Die „National-Zeitung“ meldet: Was den oft angeführten Namen „Mausbacher“ betrifft, so hat dieses neue Wort in der Auslandsliteratur folgende Bedeutung. Bei St. Wendel liegt ein Ort Mausbach und, was für Bergleute im Saarrevier ein seltenes Vorkommnis ist, in diesem Orte wohnt nicht ein einziger Bergmann. Der Spottname „Mausbacher“ ist gleichbedeutend mit: „Du bist kein braver Bergmann“, „Du bist überhaupt kein Bergmann“, „Du bist kein ordentlicher Mensch“.

Ueber den Rechtsanwalt Heyder, der jetzt im Saargebiet die Bergleute vertritt, wird der „Nat. Ztg.“ aus Metz mitgetheilt: Bei der Anwaltskammer sei das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, weil er in einer Proseklache vor der Strafkammer, in der nur Revision beim Reichsgericht einzulegen war, sich einen erheblichen Kostenbetrag für Vertretung beim Oberlandesgericht in Köln habe bezahlen lassen. Die Quittung hierüber sei in den Händen der Gerichtsbehörden. Als ihm vom Richter vor „verammeltem Kriegsvolk“ die Quittung vor Augen gehalten und Nachenschaft über diese unverzeihliche Handlung gefordert wurde, erblakte Heyder und schob die Schuld auf sein Bureaupersonal. Die Quittung trägt aber die richtige Unterschrift Heyder's. — Der genannte Rechtsanwalt hat bezüglich seines Eintretens für die Bergleute folgende Erklärung veröffentlicht: „1. Vom Vorstand des Bergbauvereins des Saarreviers berufen, um zur Vermeidung des Ausstandes behilflich zu sein, habe ich in Bildstock den auch angenommenen Vorschlag gemacht, sich an Se. Majestät und die königlich preussische Regierung zu wenden. Meine Rede in der Morgenversammlung schloß mit einem Hoch auf die Uebereinstimmung der Forderung der Bergleute mit den vor drei Jahren gegebenen höchsten und allerhöchsten Erklärungen. 2. Wie mir die Sozialdemokratie stets bezeugen wird, und mir bei der letzten Bildstock-Versammlung, in der ich sprach, der Vorsitzende Sozialdemokrat Emmel mit Zustimmung des anwesenden Hauptredners Webel ohne mein Verlangen sofort bezeugt hat, habe ich innerhalb der Sozialdemokratie bisher niemals irgend welche Stellung eingenommen. Wichtig ist nur, daß ich ebenso, wie ich der deutschen, sozialen Richtung gegenüber gethan, mir Nähe gegeben habe, der sozialdemokratischen Richtung in Metz eine gesellschaftliche Verbindung zu schaffen, wie sie die ultramontane und die (chauvinistische) neu-deutsche Partei bereits lange besitzen. Ich habe dies aus Nechtgefühl und als Freund dieser Parteien gethan. Mein von vielen getheiltes arisch-sozialer Friedenshandpunkt hat noch keine politische Partei zeitig und habe ich mich deswegen einweisen seit zehn Jahren der Friedensliga und vor kurzem dem deutschen Bund für Bodenbesitzreform angeschlossen, um mit an der Abschaffung der römischen Privateigentums-Grundsätze bezüglich unfreier Mutter Erde zu arbeiten, welche von allen großen Denkern zurückgewiesen worden sind, und mit dem arischen, germanischen, kanonischen und dem Zukunftrecht des Sozialismus in innerlichem unversöhnlichen Zwiespalt stehen als wirtschaftlicher und juristisch-logischer Irrsinn, welche Grundsätze übrigens auch auf dem Gebiete der Mobilitätsrechte verschwinden müssen, auf welchem die wirklichen Kapitalwerte durch Konkurrenz u. s. w. zerstört werden von den falschen Kapitalisten, welchen in geradezu unerhörter Weise auch noch die Ungerschöblichkeit durch ewige Verjüngung und die Vergrößerung durch Zeitablauf durch das Zaubermittel des Geldes vermittelt wird, so daß denen, welche 1824 v. Chr. das Gold aus Ägypten weggeholt haben, eigentlich jetzt schon alle Güterquellen der Mutter Erde gehören müßten. Hochachtungsvoll Heyder, Gemeinderath.“

Die „Germania“ macht in einer Erörterung über die Verbitterung der Bergleute die vielsagende Mittheilung, daß als Hauptursache dieser Verbitterung der Mangel an Vertrauen gegen die vorgesetzten Behörden zu gelten habe; die Bergleute trauten und vertrauten nur auf sich selbst. — Sie werden dazu ihre Gründe haben. Die „Germania“ giebt weiter zu, daß im Bergbaubetriebe noch Mittelände herrschen, vermag sich aber nicht zu einem kernigen Wörtlein gegen die Grubenverwaltungen anzuschwingen, sondern bringt es nur zu folgender freundschaftlicher Mahnung, die man recht wohl für einen jesuitischen Rath halten kann: „Möge den maßgebenden Behörden eindringlich der wohlmeinende Wunsch vorgetragen werden, daß sie, wenn sie, wie voraussichtlich bald der Fall sein wird, in die Lage kommen, die Ausständigen zu bestrafen, noch einmal Gnade vor Recht ergehen lassen wollen. Mögen sie dann bedenken, daß die weitaus große Mehrzahl verführte oder sogar gewaltsam gepreßte Theilnehmer des Ausstandes waren, daß zu grobe Strenge die Verbitterung nur erhalten und vergrößern kann; daß endlich alle die jetzt in Folge des Streiks abgelegten Bergleute von ihren Kameraden oder doch vielen derselben als Märtyrer für die gute Sache“ angesehen und in Zukunft als gefährliche Agitatoren des Umsturzes eine Gefahrung der Verhältnisse erschweren werden. Mag man die Haupttrübsal auch für immer ablegen, die übrigen an sich schon so schwer gestraffte Belegschaft würde mit Geld oder zeitweiser Ablegung Strafe genug erleiden.“ Die Bergleute werden sich dieser feigen Haltung des Zentrums hoffentlich bei den Wahlen erinnern.

Wie immer ist es auch hier wieder einzig und allein die sozialdemokratische Arbeiterschaft, welche den Streikenden werthigste Solidarität widmet, obwohl sie durch ihre Organe, deren Erklärungen ihrerseits unwiderrprochen blieben, keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie unter jetzigen Umständen den Bergleuten den Streik nicht empfehlen konnte. Aber nachdem der Streik begonnen, abt sie die Pflichten, Alles zu thun, damit das Ende ein gutes werde. Dazu ist in erster Linie nöthig, daß die Streikenden materielle Unterstützung bekommen. Aus diesem Gedankengange heraus hat die Erfurter Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher beschlossen, in Anbetracht der Lage der streikenden Bergleute im Saarrevier, den Hauptvorstand zu ersuchen, in geeigneter Weise mit den übrigen Filialen in Verbindung zu treten, um deren Zustimmung dazu zu erhalten, daß den streikenden Bergleuten sofort aus der Hauptkasse 1000 M. zur Erlämpfung besserer Arbeitsbedingungen überwiesen werden. Die übrigen Gewerkschaften Deutschlands werden, daß sind wir sicher, diesem löblichen Beispiel der Schuhmacher folgen. Wenn auch keine Liebe davon sein kann, daß bei der jetzigen trostlosen Geschäftslage die organisierten Arbeiter derartige Summen aufzubringen vermöchten, daß es auch nur entfernt möglich wäre, aus diesen die streikenden Massen drüben in Rheinland-Westfalen über Wasser zu halten, so ist andererseits die aufzubringbare kleine Unterstützung immer besser, als gar nichts, aber jedenfalls wird die Unterstützung der Bergleute ein vortreffliches Mittel sein, um diese in ihrer Gesammtheit mehr und mehr davon zu überzeugen, daß sie, wie in wirtschaftlicher, so auch in politischer Beziehung nur auf sich und die organisierte Arbeiterschaft rechnen können. Unterstützungen für die Streikenden werden von der Expedition des „Voten von der Saar“ angenommen. Die Sendungen sind zu adressiren an: 2. Emmel, St. Johann a. d. Saar, Blumenstraße 4. Auch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Poststr. 9, ist bereit, Gelder für die Streikenden in Empfang zu nehmen.

Parteinachrichten.

Reineidsbegehung und kein Eudel! Aus Breslau wird bürgerlichen Berliner Blättern, was ausdrücklich hervorgehoben sei, geschrieben: Die vor Wochen an hiesiger Gerichtsstätte aufgerollte Frage der Stellung der Sozialdemokratie zum Reineid bildete gestern wiederum an derselben Stelle den Gegenstand einer sehr lebhaften Auseinandersetzung zwischen Staatsanwalt und Verteidiger. Der Redakteur der sozialdemokratischen „Vollmacht“, Thiel, welcher längst wegen beleidigender Abwehr der vom Landgerichtsdirektor Schmidt gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Reineidsbegehung zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurtheilt worden ist, hatte sich wegen Verleumdung eines hiesigen Schumanns, dem er in seiner Zeitung Trunkenheit vorgeworfen hatte, zu verantworten. Thiel trat den Wahrheitsbeweis an und führte eine Reihe von Zeugen vor, welche unter ihrem Eide den Inhalt

des Artikels bestätigten. Infolge dessen bemerkte Staatsanwalt Dr. Keil: „Ich schene mich nicht auszusprechen, daß alle die Personen, welche in dem Benehmen des Polizeibeamten Inkorrektes erblicken, mehr oder minder, bewußt oder unbewußt den ganzen Vorfall durch die sozialdemokratische Parteiliebe ansehen. Diesen Personen ist bekannt, wer auf der Anklagebank sitzt; ihnen ist der Artikel bekannt; ihnen ist offenbar eine gewisse Animosität gegen Staatsbeamte zur zweiten Natur geworden. Ich kann also aus diesen Gründen diesen zum Theil beschworenen Aussagen nicht vollen Glauben beimessen.“ Der Verteidiger, Rechtsanwalt Maruse, bemerkte dem gegenüber: „Die Parteiliebe der Zeugen begründet nicht eine auch nur um ein Atom geringere Glaubwürdigkeit. Daß heute eine solche Verdächtigung nicht mit derselben Schroffheit ausgesprochen worden ist, wie vor einigen Wochen an dieser Stelle, schreibe ich dem wohlthätigen Einfluß jener Verhandlung zu, in welcher der Landgerichtsdirektor Schmidt als Zeuge gegen Thiel auftrat. Aber auch in dieser abgeschwächten Form ist die Verdächtigung verwerflich. Unter allen Umständen ist zu berücksichtigen, daß die Zeugen hier unter dem Eide aussagen, und es ist ein läches Unterfangen, das Gewicht des Eides derart herunterzubringen, daß man annimmt, es solle schon durch die Parteiliebe weg. Wie würde es dem Herrn Staatsanwalt gefallen, wenn ich den als Zeugen aufgetretenen Beamten (Belastungszeugen gegen Thiel) nachfragen wollte, daß diese die Animosität gegen die Sozialdemokraten zur andern Natur geworden und deshalb ihre Glaubwürdigkeit verringert sei. Mir scheint der Eid zu hoch, als daß ich die Aussagen der Zeugen in Zweifel ziehen könnte. Es steht hier Aussage gegen Aussage, beiderseits unter dem Eide abgegeben, und ich glaube deshalb, daß der hohe Gerichtshof zu einem Non liquet wird gelangen müssen.“ Nach einer Verwahrung des Staatsanwalts, daß seine Auffassung über den Eid der Sozialdemokraten durch die frühere Verhandlung gegen Thiel oder durch die Einwirkung der „Vollmacht“ irgendwie beeinflusst sei, führte der Verteidiger weiter aus: „Ich habe auf die viel ventilirte Reineidsbegehung der sozialdemokratischen Partei heute zurückkommen müssen, weil der Staatsanwalt die Zeugen gefragt hat, ob sie Anhänger der sozialdemokratischen Partei seien. Das legte mir nach meiner Ansicht die Verpflichtung auf, so zu sprechen, wie ich gesprochen habe. Ich selbst stehe dem politischen Parteitreiben völlig fern. Ich bin hier ganz objektiv und ich betrachte mich hier als gleichberechtigter Faktor neben Staatsanwaltschaft und Gerichtshof, und als solcher bin ich, wie diese, verpflichtet, zur Findung des Rechtes beizutragen.“ Der Gerichtshof billigte Thiel den Schwur des § 198 Wahrnehmung berechtigter Interessen zu, verurtheilte ihn aber wegen der beleidigenden Form — er hatte den betreffenden Polizeibeamten mit einem wilden Thiere verglichen — zu sechs Monaten Gefängnis.

Seine Strafe, und zwar eine recht empfindliche, hat unser Genosse Thiel also doch weg und zwar weil er die „Form“ verlegt hat. Daß aber von autoritativer Stelle aus Millionen deutscher Staatsbürger und Steuerzahler als grundsätzliche Reineidschuldner verurtheilt werden, daß ist keine Formverletzung und kann wiederholt geschehen, ohne daß von zuständiger Stelle diesem Treiben Einhalt geboten wird. Ist denn gegen Sozialdemokraten Alles erlaubt? Wenn ja, dann erlauben wir uns nur daran zu erinnern, daß solche Dinge auch ihre Rehrseite haben.

Sozialdemokratische Presse. Seit Neujahr wird der in Auffig (Wöhmen) am 1., 2. und 3. Freitag jedes Monats erscheinende „Gesellschafter, Zeitschrift für die wirklichen Interessen der Arbeiter, Bauern und Kleinwerkbetreibenden“ in vergrößerter Gestalt herausgegeben.

Reichstagskandidatur. Für den Wahlkreis Calbe-Kischersleben hat eine am 25. Dezember dort stattgehabte Vertrauenspersonen-Konferenz den Genossen Gustav Reßler, Regierungsbaumeister a. D. in Berlin, als Kandidaten aufgestellt.

Der Durchbrenner Wilhelm Händler ist von Chicago nach Mannheim transportirt und in dortigen Untersuchungsgefängnis internirt worden.

Tokales.

Schlechte Zeiten werden abermals — zum niedrigen Male! — durch den Berliner Magistrat von Amtswegen konstatiert. Das geschieht aber wieder nicht zu dem Zwecke, um zu beweisen, daß ein Nothstand unter der Arbeiterbevölkerung Berlins herrscht, sondern nur, um die geringere Zunahme der Erträge eines industriellen Betriebes der städtischen Verwaltung zu begründen. Der Verwaltungsbericht über die städtischen Gasanstalten beginnt mit den Worten: „Das Betriebsjahr 1891/92 kann für fast alle Zweige der Industrie, des Handels und der Gewerbe als ein günstiges nicht bezeichnet werden. Der Rückgang in der Geschäftsthätigkeit, welcher sich zum Theil bereits gegen das Ende des Vorjahres 1890/91 bemerklich gemacht hatte, steigerte sich in dem jetzt abgelaufenen Jahre in erheblichem Maße, und nur wenige Zweige der Industrie und der Gewerbe dürften durch diese ungünstigen Verhältnisse unberührt geblieben sein.“ Das Ende des Vorjahres 1890/91 ist das Quartal vom Januar bis März 1891, in welchem die großen Arbeitslosen-Versammlungen stattfanden, die Arbeitslosen-Petitionen abgehandelt und die Rothrands-Behalten im Rothen Hause gehalten wurden. In der Antwort, welche den Arbeitslosen vom Magistratsrathe aus erteilt wurde, war von „ungünstigen Verhältnissen“ in Industrie und Gewerbe keine Rede; es hieß vielmehr: „Es giebt keinen Nothstand!“ Der jetzige Bericht des Magistrats antwortet darauf etwas ausführlicher, indem er des Weiteren sagt: „Bei der überwiegend größeren Zahl der hiesigen Fabriken sowohl, wie in allen Zweigen des Handwerks, trat insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres eine Stöckung in den Aufträgen ein, welche vielfach zu einer Entlassung von Arbeitern oder, wo diese vermieden werden sollten, doch zu einer unwillkürlichen Verminderung der Arbeitszeit Veranlassung gab, während früher bei günstigeren Verhältnissen in den Wintermonaten in fast allen Fabriken überstunden gearbeitet werden mußten.“ Aber zum Jubelen eines ungewöhnlich hohen Grades von Arbeitslosigkeit in Berlin ließ sich ein hochmuthvoller Magistrat trotzdem nicht bewegen, vor zwei Jahren nicht, im vorigen Jahre nicht und — auch in diesem Winter nicht. Trotdem erzählt er ganz gemüthlich in dem Eingangs erwähnten Berichte, daß das vergangene Jahr sogar ein extra schlechtes gewesen sei. Es sei zu der allgemeinen Stöckung in Handel und Industrie noch hinzugekommen, daß die Bauthätigkeit, die sonst in den Sommermonaten und bis zum Eintritt stärkeren Frostes einer sehr großen Zahl von Arbeitern und Handwerkern lohnende Beschäftigung gewährt habe, sich sehr erheblich vermindert hätte. Also auch im Sommer und Herbst nicht einmal der volle Verdienst! Und zum Schluß — es wäre amüßant, wenn die Sache nicht leider traurig genug wäre, — giebt der magistratische Bericht: „Wenigstens ein besondern Einfluß auf die ungünstigen Verhältnisse in Berlin übte außerdem die Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel, welche infolge der schlechten Ernte in fast allen Ländern Europas eingetreten war und bis zum Ende des Betriebsjahres unverändert anhält.“ Leider hat diese ganze Zeremonie, wie bereits bemerkt, nur den Zweck, zu beweisen, daß „auch die städtischen Gasanstalten zum Theil unter diesen Einwirkungen zu leiden hatten“, indem sich „eine verminderte Steigerung der Geschäftsthätigkeit der Anstalten bemerkbar machte“. Eine Ruhpausung wird daraus nicht gezogen, oder wenigstens nicht die richtige. Die, welche daraus gezogen wird,

zeigt sich in der den Arbeitslosen, welche um Arbeit bitten, gegebenen Antwort: „Euch auch selber Arbeit!“ Wenn nämlich der Magistrat Arbeitsgelegenheit beschaffe, dann würden die Ausgaben mehrerer städtischer Verwaltungen im nächsten Bericht im Verhältnis zu den Einnahmen noch ungünstiger als sonst erscheinen. Das kann aber der Magistrat nicht riskieren; denn das vergäbe ihm der „freisinnige“ Berliner Spielbürger nie. Darum wird ihm der Weiteres fortgesetzt und fortgehungen.

Kein Nothstand! Ein Bild großstädtischen Glends gewährt ein verhungertes, zerlumptes und vor Kälte zitternder Greis, der am Sonnabend Morgen die Wärmeballe in den Stadtbahnhöfen am Alexander-Platz betrat. Nachdem er einen Teller voll Suppe gierig verschlungen hatte, schlief er auf seinem Plage ein. Als er um 8 Uhr Nachmittags noch nicht erwacht war, trat der Inspektor Rehrweider an ihn heran, um ihn aufzurütteln, und bemerkte nun, daß er eine Leiche vor sich hatte.

In der Nr. 303 des vorigen Jahrganges befindet sich in der ersten Beilage eine Besprechung der Nothlage der Kellnerinnen. In der Auseinandersetzung sind einige Angriffe gegen Frau Bieber-Vöhm, die bekannte Leiterin des Vereins „Jugend-Heilung“, gemacht worden. Dieselben sind ungerechtfertigt, da die Thatsachen, von denen sie ausgeht, der Wahrheit nicht entsprechen. Wie festgestellt ist, hat Frau Bieber-Vöhm sich bemüht, älteren arbeitslosen Kellnerinnen einen Broterwerb zu verschaffen, ohne daß hierbei „innere Mission“ betrieben worden ist.

Von dem Prediger Herrn O. Jurian zu Arnswalde erhalten wir folgendes Schreiben: Die Redaktion des „Vorw.“ ersuche ich ergebenst auf Grund von § 11 des Gesetzes über die Presse folgende Berichtigung aufzunehmen: In der Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt vom Sonnabend, den 7. Januar 1893, Nr. 6, findet sich der Satz unter „Kirchliches aus Weipenssee“: „Ungefähr 14 Tage nach dem Eintritt in den Stand der heiligen Ehe wurde besagter Pastor nach Arnswalde verlegt, wo ihm die Luft wohl schlecht bekommen ist, denn sein Weibchen kehrte eines schönen Tages zurück und der Herr Pfarrer hatte sich in Begleitung eines anderen weiblichen Wesens verflüchtigt.“ Ich bin nicht 14 Tage nach meiner Verheirathung verlegt, sondern die Verheirathung ist zwischen dem königlichen Konsistorium und mir vereinbart für den 1. August, aber mit Rücksicht auf meine Verheirathung, die am 9. August stattfand, bis zum 15. August verschoben. Ich bin nicht „verflüchtigt“, sondern wirke als Geistlicher in Arnswalde. Meine Ehe ist in keiner Weise getrübt. Hochachtungsvoll O. Jurian, Prediger zu Arnswalde. — Wir bedauern sehr, von unserem Gewährsmann, den wir für zuverlässig hielten, in dieser groben Weise getäuscht worden zu sein. Wir haben bereits Maßnahmen getroffen, um dem Herrn das Handwerk zu legen.

In einer geharnischten Erklärung fordert uns Herr Georg Petermann, Pferdehändler in Neu-Weipenssee auf, davon Notiz zu nehmen, daß er mit dem in unserer Nummer vom 7. Januar erwähnten Zigeuner Petermann nicht identisch ist.

Der Kohlenhändler Herr Otto, Lebusstr. 6, den wir in Nr. 7 unseres Blattes erwähnten, bestreitet entschieden, daß er sich der ihm vorgeworfenen Denunziation des Gastwirths L. schuldig gemacht habe.

In einem plötzlichen Anfall von Tobsucht hat der in der Zangierstraße wohnende Arbeiter N. Frau und Kinder zu ermorden gesucht. N. begann die Möbel der Wohnung zu demoliren und als die Frau ihn daran verhindern wollte, ergriff der Tobsüchtige ein Messer und stach damit nach seiner Frau. Nur durch einen geschickten Seitenprung vermochte sich die N. zu retten, und es gelang ihr, sich nach dem Korridor hinaus zu flüchten. Während sie dort laut um Hilfe rief, setzte der Kranke sein Zerstörungswerk fort. Als nun mehrere Nachbarn in das Zimmer eindrangen, bot sich ihnen ein erschrecklicher Anblick dar. Der Rasende hatte sein zweijähriges Töchterchen, das im Bettchen schlummerte, an den Weinen gefaßt und warf das Kind, ehe Jemand ihn daran hindern konnte, gegen die Zimmerwand! Als die Nachbarn nun Wiene machten, sich des Töbenden zu bemächtigen, ergriff dieser brüllend das Messer und jagte so dieselben auf den Korridor zurück. Inzwischen traf ein Schutzmann N. ein, welcher allein zu dem Töbenden hineinging, und es gelang dem Beamten anscheinend durch gütliches Zureden, den Kranken zu beruhigen; plötzlich aber ergriff der Tobsüchtige die linke Hand des Schutzmanns und durchstieß dieselbe bis auf den Knochen. Trotz der schweren Verletzung hielt N. den Freisinnigen fest, und es gelang ihm mit Hilfe von Hausbesohnern, den N. zu fesseln, worauf die Uebersführung des Tobsüchtigen nach der neuen Charitee erfolgte. Das Kind hat wunderbarer Weise keine Verletzung erlitten.

Ein Selbstmordversuch wurde vorgestern Nachmittag in einem hiesigen Hotel verübt. Vormittags stieg dort ein junger, elegant gekleideter Mann ab, der sich als Kaufmann in das Fremdenbuch eintrug. Mittags dinirte er anscheinend mit gutem Appetit, begab sich dann in sein im zweiten Stock gelegenes Zimmer und schrieb mehrere Briefe, die man später auf dem Tische fand und die an verschiedene Personen in Berlin gerichtet sind. Gegen 8 Uhr Abends wurden die Kellner des Hotels durch vier kurz nach einander fallende Schüsse erschreckt. Als sie an das Zimmer eilten, in dem der Vormittags eingetretene Gast wohnte, fanden sie es fest verschlossen. Ein herbeigerufener Schlosser öffnete die Thür, und man fand den jungen Mann über und über mit Blut bedeckt auf dem Teppich liegen. Den Revolver hielt er krampfhaft in der rechten Hand. Man rief sofort einen Arzt herbei, der konstatierte, daß zwei Schüsse in die Schenkel getroffen hatten, und der den Schwerverwundeten nach der Charitee bringen ließ. Der junge Mann hatte Vormittags eine lange Unterredung mit einer jungen Dame, und es scheint, daß der Selbstmordversuch auf eine Liebesaffäre zurückzuführen ist.

Marktpreise in Berlin am 7. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,60—16,20 M., mittlerer von 15,10—14,70 M., geringerer von 14,60—14,20 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,60—13,20 M., mittlerer von 13,10—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,80—15,70 M., mittlere von 15,60—14,60 M., geringe von 14,50—13,50 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,20 M., geringerer von 14,20—13,50 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von 4,70—4,00 M. Heu per 100 Kilog. von 8,00—5,30 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Spisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linen per 100 Kg. von 50,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 6,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,00 M. Aale von 2,80—1,20 M. Sander von 2,40—0,80 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weiße von 1,40 bis 0,80 M. Krabbe per 60 Stück von 8,00—2,00 M.

Gerichts-Beifung. Die „Uhrennepper“ treiben augenblicklich in Berlin ihr Unwesen in ausgedehntem Maße und der Kriminalkommissarius v. Racht, welcher die auf diesem Gebiete liegenden Kriminal-

fälle zu bearbeiten hat, hat in kurzer Zeit bereits ca. 30 solcher Repper gefangen lassen. Gewöhnlich spielt sich der Vorgang bei welchem diese Schwindler handelnd auftreten, in folgender Weise ab. Jemand ein Straßenspieler, welcher den Typus des Provinzials zeigt, wird von einem Manne angesprochen und noch dem nächsten Gehmat gefragt. Daraus entwickelt sich dann ein freundschaftliches Gespräch, in welchem der Fragesteller eingeleitet, daß er wegen augenblicklicher Geldverlegenheit seine goldene Uhr zu verkaufen gezwungen sei. Er zeigt dann eine Uhr vor, welche auf der goldenen Platte einen Stein trägt und der Fremde erklärt weiter, daß es ihm gerade dieses Steines wegen sehr unangenehm sei, sich der Uhr zu entäußern zu müssen, da derselbe ein werthvolles Andenken sei. Während sich der Provinziale die Uhr besieht und nicht über Lust zeigt, sie anzukaufen, tritt gewöhnlich ein zweiter Mann hinzu, welcher sich als Uhrmacher ansieht, die Uhr mit Kennermine prüft und dann seiner Bewunderung über die gute Konstruktion derselben Ausdruck verleiht. Das Ende vom Liede ist dann gewöhnlich, daß der biedere Landmann sich durch das Urtheil dieses „Sachverständigen“ betören und dazu verführen läßt, die anscheinend so kostbare Uhr anzukaufen. Es handelt sich aber bei diesen Geschäften um einen dreisten Schwindel. Der Herr Uhrmacher“ ist ein Genosse des Uhrenneppers und die guten Provinzials sehen zu spät ein, daß ihnen eine werthlose Uhr zu theuerem Preise angekauft worden ist. Der Kriminalpolizei gehen jetzt, wie gesagt, recht häufig Anzeigen über Schwindelacten dieser Art zu. Die Gerichte treten diesen Betrügern mit dankenswerthem Nachdruck entgegen, so verurtheilte gestern die 191. Abtheilung des hiesigen Amtsgerichts den Handwerksmann Orlam und den Schlächter Eifert, welche gemeinschaftlich einen solchen Uhrenschwindel ausgeführt hatten, zu 6 Monaten, bzw. 1 Jahr Gefängniß.

In sehr verschlagener Weise ist der Diebstahl ausgeführt worden, dessenwegen sich der Handlungsdienner Adols Bredt und der Kaufmann Otto Grope vor der II. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatten. Die in der F.-Straße wohnende Kellnerin Marie Pirsing war schon längere Zeit in einem hiesigen Restaurant thätig, in welcher ihr so reichliche Trinkgelder zufließen, daß sie sich bei der ihr angeborenen Sparfahigkeit zu einer ganz behaglichen Haus- und Lebenshaltung herausarbeiten vermochte. Sie hat im Laufe der Gespräche mit den Gästen unvorsichtiger Weise wohl manchmal von ihrer behaglichen Situation und den hübschen Goldsachen gesprochen, welche sie ihr Eigen nannte. Die beiden Angeklagten, welche auch bisweilen Gäste in dem betreffenden Restaurant waren, hatte diese Erzählung ganz besonders interessiert, denn ohne sich etwas dabei zu denken, hatte das hübsche Mädchen in der Unterhaltung mit den Beiden alles mögliche ausgeplaudert, was auf die Lage ihrer Wohnung, die Verhältnisse ihrer Wirtschaften u. dergl. hatte. Eines Tages, als Fräulein Pirsing ihren Ruhetag hatte und zu Hause verweilte, erhielt sie einen Rohrpostbrief, welcher mit dem Namen des Restaurateurs, bei welchem sie servierte, unterzeichnet war. In dem Briefe wurde sie aufgefordert, ungekämmt ins Geschäft zu kommen, da eine Kollegin krank geworden und ihre Anwesenheit dringend erforderlich sei. Fräulein B. schaltete zwar den Kopf, ihr Pflichtgefühl gebot ihr aber, sich so schnell wie möglich zurück zu machen und nach ihrer gewöhnlich weit von ihrer Wohnung entfernten Arbeitsstätte zu begaben. Als sie dort ankam, wurde nunmehr dort der Kopf geschüttelt, denn man konnte gar nicht begreifen, was die junge Dame veranlaßt haben konnte, ihren freien Tag nicht auszunutzen. Sie holte den Brief hervor, erübrte nun aber, daß sie das Opfer einer Täuschung geworden sei, da man im Geschäft von einem solchen Briefe absolut nichts wußte. Von bösen Ahnungen getrieben eilte Fr. B. nach Hause, kam aber doch zu spät, denn die Diebe, welche sie durch jenen Brief aus ihrer Wohnung gelockt, hatten ihr in ihrer Abwesenheit einen unliebsamen Besuch abgestattet und nicht nur ein Sparfahnenbuch über 400 M., sondern auch Goldsachen im Gesamtwerte von etwa 1000 M. gestohlen. Den Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es bald, die beiden Angeklagten als die Diebe festzustellen, so daß die Bestohlenen einen großen Theil ihres Eigenthums wieder erhalten hat. Der Gerichtshof verurtheilte Bredt zu 2 Jahren 6 Monaten, Grope zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß.

Soziale Ueberflucht. In die Arbeiter Verliust! Genossen! Ihr wißt, daß die Bergarbeiter des Saargebietes durch die Noth und durch die ihnen unterbreiteten Arbeitsverordnungen der Mutterbetriebe zu dem jetzt stattfindenden Streik gezwungen worden sind. Ihr wißt auch, daß die Bergarbeiter infolge ihres schlechten Verdienstes Ersparnisse nicht machen konnten, von welchen sie jetzt zusehen können; die Noth, das Glend werden deshalb bald genug in ihre Hütten eintreten, wenn es noch nicht der Fall ist. Unsere Menschenpflicht ist es nun, unsern Arbeitsbrüdern helfend unter die Arme zu greifen. Deshalb sieht sich der Unterzeichnete veranlaßt — da auch mehrfach an denselben schon Gelder zur Uebermittlung an die streikenden Bergarbeiter abgegeben sind, Gaben in Empfang zu nehmen. Ebenso erklärt sich N. Müllerg, Lebusstr. 22, zur Annahme von Geldern bereit.

Mit sozialdemokratischem Gruße
Der geschäftsführende Ausschuss
der Berliner Streik-Kontroll-Kommission.
Im Auftrage:
Hermann Faber, SO., Grünauerstr. 4, S. I.

Aus Solingen wird uns unterm 9. Januar geschrieben: Immer langsam voran, so scheint nach dem, was unten folgt, die Devisse der Düsseldorf Regierung zu lauten, wenn es sich um selbständige Regungen der Arbeiter handelt, vermittelt deren sie sich den harten Kampf um's Dasein in etwas erleichtern wollen. Im Laufe des Jahres 1890 traten nämlich Delegirte der hiesigen und der Bahnhöfen freier Hilfskassen zusammen, um über die Gründung eines Sanitätsvereins, der durch Beiträge mit Ärzten und Apothekern seinen Mitgliedern billigerer ärztliche Hilfe und Medicamente gewähren soll, zu berathen. Nachdem die Vorarbeiten beendet, wurde im März 1891 eine konstitirende Versammlung einberufen, die nach längerer Diskussion sich mit den vorgelegten Satzungen einverstanden erklärte, sowie einen provisorischen Vorstand wählte, der die Anmeldung und Genehmigung des Vereins bei der Behörde erwirken sollte. Obschon die einzelnen Paragraphen dem Sinn und fast dem Wortlaut nach einem Hamburger und Mannheimer Statut angepaßt waren, ist die Genehmigung bis heute, nach Verlauf von 21 Monaten, noch nicht erfolgt. Nicht weniger wie 75mal ist das Statut zurückgekommen und jedesmal nach der Angabe der Regierungsdirektoren geändert worden. Einmal hatte man an diesem, das andere Mal an jenem Paragraphen wieder etwas Neues entdeckt, was nicht paßte. Endlich wurde das Statut vom Herrn Regierungspräsidenten als annahmefähig befunden und so an den Oberpräsidenten in Koblenz zur endgültigen Annahme eingeschickt, wo man an den §§ 4 und 5 wiederum etwas auszu- sehen hatte. Durch nochmalige Aenderung glaubte man nun doch aller Plakereien überhoben zu sein und änderte abermals. Aber diejenigen, welche die irdliche Absicht haben, ihren Mitgliedern in den Stunden der Krankheit in etwas Erleichterung zu schaffen, hatten wiederum die Rechnung ohne die Regierungsbehörde gemacht. Nunmehr verlangt man ein Protokoll der Generalversammlung des Sanitätsvereins, welche die Statuten

genehmigt, die ja noch nicht stattfinden konnte, weil der Verein nicht seitens der Regierung genehmigt ist. Das Protokoll der konstituierenden Versammlung ist jedoch längst in den Händen der Düsseldorf Regierungsbüro. Die Angelegenheit hat übrigens auch noch ihre heitere Seite. Witten in dem Ditt- und Herschreiben um die Genehmigung der Statuten, als man vergebens von Pontius nach Pilatus gelaufen war, wurde man gewahrt, daß in der großen Nachbarstadt Barmen bereits ein Sanitätsverein besteht. In den uns vorliegenden Satzungen des Sanitätsvereins Barmen ist eine behördliche Genehmigung nicht enthalten, weshalb man sich an den Herrn Oberbürgermeister von Barmen um Auskunft wandte, worauf folgende Antwort einlief:

„Auf die Anfrage theile ich Ihnen ergebenst mit, daß eine Bestimmung, monach der hiesige Sanitätsverein einer behördlichen Genehmigung bedarf, nicht besteht. Die Polizeiverwaltung. Der Oberbürgermeister. Wegener.“

Barmen liegt ebenfalls im Regierungsbezirk Düsseldorf, und der Oberbürgermeister von Barmen ist selbstverständlich Jurist. Wer befindet sich nun im Rechte? Die Rechtsgelehrten der Düsseldorf Regierung, der Oberpräsident der Rheinprovinz in Koblenz oder der Oberbürgermeister von Barmen? Die Antwort der maßgebenden Behörde wird wohl noch etwas auf sich warten lassen. Nach den hier geschilderten Vorgängen zu urtheilen, wird die Regierung wohl niemals durch eine ernüchternde Inangriffnahme der Sozialreform der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen!

Verfammlungen

Der Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- und gewerblichen Hilfs-Arbeiter Verliust hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt hörte die Versammlung die Abrechnung des Rendanten vom 4. Quartal 1892. Das gesammte Baarvermögen des Vereins beträgt 2382,68 M. Nach Berichterstattung der Kontrollreue wurde dem Rendanten Decharge erteilt. Hierauf schritt die Versammlung zur Wahl des gesammten Vorstandes. Es wurden folgende Kollegen gewählt: August Gadegast als 1. und Wilhelm Noack als 2. Vorsitzender. Karl Beredder als 1. und Louis Steinberg als zweiter Schriftführer, Julius Feldbahn als erster und Karl Schöbel als zweiter Rendant. Gottlieb Hampel, Karl Randalet und Oskar Sprenger als Kontrollreue. Ferner wurde nach einer lebhaften Debatte ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß sich die Mitglieder in Krankheitsfällen zum Zweck der Untersuchung an einen Arzt des freien Arztverbandes zu wenden haben. Nach Erledigung mehrerer interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Die Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter der hiesigen Zählstelle des deutschen Tischlerverbandes hielt am Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, um gegen die Lohnabzüge in der Pianofortefabrik von Kuhl Stellung zu nehmen. Wie der Referent Meier mittheilte, hat Herr Kuhl die Zahl seiner Arbeiter von 56 auf 17 reduziert und den Uebrigbleibenden bedeutende Abzüge gemacht. Dieselben betragen bei den Bodenmachern 16 pCt., bei den Maschinenmachern 17 pCt., bei den Umformern 14 pCt., bei den Zusammenbauern 11 pCt. ihres bisherigen Akkordlohnes. Obgleich die bei Kuhl arbeitenden Kollegen zu dieser Versammlung eingeladen waren, so glänzten sie bis auf einige durch Abwesenheit, welchen Indifferentismus Redner gebührend kennzeichnete. Da auch aus anderen Fabriken Lohnabzüge gemeldet waren, so hielt der Redner es für Pflicht der Kollegen, rege für einen zahlreichen Besuch der nächsten Branchenversammlung, die am 23. Januar bei Drigmler stattfinden, zu agitieren. Dasselbe soll über die etwa erforderliche Schritte berathen werden. Es wurde noch ausgeführt, daß bei Kuhl die Beteiligte der Kollegen an der Organisation und die miserable Geschäftslage eine Arbeitsniederlegung von vornherein ausichtslos erscheinen lasse. Nach rege Diskussion, in der die geringe Indifferenz der Kollegen lebhaft getadelt wurde, fand eine Resolution Annahme, in der die Versammlung gegen die von dem Fabrikanten beliebten Lohnabzüge protestirte und die Kollegen aufforderte, sich dem Tischlerverband anzuschließen. Nachdem hierauf die Kollegen Blum, Dasse und Sparfeld in die Werkstattdirektion gewählt worden waren, beauftragte die Versammlung diese Kommission, mit Herrn Kuhl Rücksprache zu nehmen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Die Zählstelle I des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am Sonntag eine Mitglieder-Versammlung ab, welche durch einige vom Gesangsverein der Zählstelle gehaltenen Vorträge eingeleitet wurde. Sodann verlas der Kassier die Abrechnung von 2. Quartal, nach welcher ein Bestand von 209 M. 76 Pf. vorhanden ist. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt, worauf dem Kassier Decharge erteilt wurde. Die Berathung des Lohnsatzes, welche hierauf von der Versammlung vorgenommen wurde, konnte der vorgeordneten Zeit halber nicht zu Ende geführt werden und soll daher am 22. Januar ihre Erledigung finden. Nach Erörterung einiger unerheblichen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Ueber die freie Arztwahl referirte Herr Dr. med. Mugdan am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung, welche die Mitglieder der Alg. Ortsklasse abhielten. Der Redner wußte überzeugend darzulegen, daß die Befürchtungen, welche im Januar vorigen Jahres beim ersten Besuch der freien Arztwahl geltend gemacht wurden, nicht eingetroffen sind. Im Laufe des Jahres seien 14 Kassen dem ersten Beisiele gefolgt. Das bisherige Verhältnis der Zwangsärzte habe zu Folge gehabt, daß die Kassenmitglieder in hohem Grade mißtraulich gegenüber ihrer Behandlung in Krankheitsfällen geworden seien. Der Arzt habe eben bei der Masse von Arbeit, die ihm seitens der Kasse zugewendet worden, nicht nach Gebühr seine Pflicht erfüllen können. Bisher hätten 160 Kassenärzte, unter denen 40 Spezialisten gewesen, 260 000 Kassenmitglieder zu behandeln gehabt. Die Folgen davon liegen, wie von ihm ausgeführt sei, klar vor Augen. Im ferneren Verlauf seines Referats wußte der Redner eingehend die Vortheile der freien Arztwahl zu schildern und die Bedenken beziehungsweise der Kosten zu zerstreuen, sodaß nach der Diskussion, an der sich mehrfach weibliche Mitglieder beteiligten, folgende Resolution Annahme fand:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten bezüglich der freien Arztwahl einverstanden und verspricht dahin zu wirken, daß nur Delegirte gewählt werden, die auf dem Boden der freien Arztwahl stehen und diese einzuführen beabsichtigt sind. Mit den hierzu nöthigen Maßnahmen beauftragt die Versammlung die bestehende Kommission.

Unter Verschiedenem wurde vielfach energisch gerügt, wie im letzten Wahlgang die Delegirten „fabrizirt“ wurden. Dieses Mal will man ein besonders wichtiges Auge auf die Delegirtenwahl richten, welche am Sonntag, den 5. Februar 1893, in fünf gleichzeitig stattfindenden Versammlungen vorgenommen werden soll. Ferner wurde gerügt, daß den Arbeitern bereits die erdhöhen Beiträge abgezogen wurden, ehe das neue Statut genehmigt und eine diesbezügliche Bekanntmachung (Säulenanschlag) erfolgt ist. Es wurde ausgeführt, daß, wenn seit dem 1. Januar die erdhöhen Beiträge erhoben würden, auch von da ab die erdhöhen Unterstühtungen gewährt werden müßten, und nicht wie irrthümlich angenommen wird, erst mit dem 1. April. Nachdem Frau Schulz noch verschiedene Beschwerden über Ärzte vorgebracht, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Unterzeichnete stellen den Antrag, den Vorstehenden zu beauftragen, an die Arbeitgeber soviel neue Statuten zu verab-

folgen, wie Mitglieder bei ihnen beschäftigt sind, und darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter die Statuten sofort verteidigen.

Sahn. Rädiger. Politik.
Wegen Beginn des Konzerts mußte der Saal geräumt werden. Es verzichteten somit die noch eingezeichneten Redner aufs Wort.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wagt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben Identifiziert zu werden.

In einem Sprechsaal-Artikel des „Vorwärts“, Nr. 307 vom 31. Dezember 1892 über Ärzte und Krankenkassen, unterzeichnet: „Ein Arzt“ ist der Sanitätsverein in unmotivierter Weise angegriffen und sieht sich deshalb der Vorstand veranlaßt, eine Erwiderung zu bringen. Bemerkten wir von vorne weg, daß der Schreiber verpflichtet gewesen wäre, diese Angriffe durch Unterzeichnung seines Namens zu verteidigen.

Die falsche Darstellung beginnt gleich bei der Gründung des Sanitätsvereins. Derselbe ist 1885 in's Leben gerufen, um die Mitglieder der freien Hilfskassen vor Ausbeutung durch die Ärzte zu schützen, weil damals häufig bis 2 M. für die Ausfüllung eines Krankenscheines verlangt wurden; er ist

so für versicherungspflichtige Personen und deren nichtversicherungspflichtige Angehörige gegründet und besteht auch heute noch aus denselben Elementen, und wenn einzelne inzwischen selbständig geworden sind, so werden sie deshalb nicht ausgeschlossen, denn größtenteils haben diese Leute schwer um ihre Existenz zu kämpfen. Da dem Vorstand bekannt ist, daß ein Teil der bisherigen Ärzte in den Ortsklassen für 17 Pf., in dem Verein der freigewählten Kassenärzte für 33 bis 39 Pf. konsultiert, sie aber im Sanitätsverein durchschnittlich 42 Pf. für die Konsultation erhalten haben, so ist nicht ersichtlich, wo da die „schlimmeren Verhältnisse“ aufgedeckt sind. Es wird dadurch allerdings klar, daß es den 5. Ärzten nicht darauf ankommt, wie viel die einzelnen Konsultation beträgt, sie wollen vielmehr die Leute von 3 M. pro Mitglied und Jahr mit ihren Klassengenossen teilen. Sie glauben allen Ernstes, die Kassen müssen die Honorare so bemessen, daß sie den „Luzus und die Behaglichkeit als Bourgeois“ auch sorgenfrei genießen können. Daran haben aber die Kassen, wie sie auch heißen mögen, gar kein Interesse. Die Arbeiter können diejenigen, welche für sie thätig sind, nur in dem Verhältnis bezahlen als sie selbst bezahlt werden. Wollen die Herren Ärzte überhaupt Sympathie für Erhöhung ihres Honorars bei den Arbeitern erwecken, so müssen sie die Forderung zu einer Zeit und unter Verhältnissen stellen, wo es möglich ist, dieselbe zu bewilligen. Keine Arbeitervereinigung hätte in so unvernünftiger Weise einen Streik vom Zaune gebrochen, wie es die Herren Ärzte vom Sanitätsverein gethan haben. Wer indessen noch 5-10 M. in der Stunde verdienen kann, der sollte nicht von Hungerlöhnen und Quartaufschritten sprechen, und giebt es unter den Ärzten solche, die nicht genügend zu thun haben, so mögen sie sich mit den Hunderttausenden von Krankenkassen-Mitgliedern trösten, die gar nichts zu thun haben; sie mögen dann aber auch mit ihren Arbeitgeberinnen zusammen für Herbeiführung einer Gesellschafts-Ordnung sorgen, in der niemand zu hungern braucht. Wenn dann der eine Arzt (der allerdings mit einem Herrn von der Ärztekommission identisch zu sein scheint) an die Mitglieder des Sanitätsvereins appelliert, um ihrerseits gegen die ungeheuerliche Lohnrückerei zu protestieren, so haben diese aus den oben angegebenen Gründen gar keine Veranlassung dazu. Ob die Devise reie Ärztemahl von den Kassen, wegen Verschlechterung der ärztlichen Thätigkeit, oder von den Ärzten selbst ausgegangen ist, mag dahin gestellt bleiben. Thatsache aber ist, daß die Ärzte unter dieser Devise in eine Lohnbewegung eingetreten sind und zwar aus dem sehr naheliegenden Grunde: nicht ein Teil der Ärzte soll an dem nach Tausenden betragenden Honorar von den Kassen teilnehmen, sondern möglichst der ganze Stand, um dessen Proletarisierung aufzuhalten. Ob es ihnen gelingen wird?

Wenn die freien Hilfskassen sich keine andere Organisation zu schaffen verstehen, als dieses loslose, philisterhafte Zwitterding, als welches sich die Vereinigung freier Hilfskassen für Berlin und Umgegend darstellt, so kann es allerdings nicht schaden, wenn sie bei dem Kampfe mit den Ärzten der Teufel holt. Jeder Arbeitervereinigung, ob sie politische, gewerkschaftliche oder Krankenkassen-Vereinigung ist, muß die Solidarität als Leitlinie dienen. Bei Gründung der Kommission freier eingeschriebener Hilfskassen ist dieser Grundsatz mit Füßen getreten, und die Folgen bleiben nicht aus; als die raffiniertesten Ausbeuter müssen sie sich hinstellen lassen, bloß um der philisterhaften Form halber, die sie gewählt haben. Wäre die Zeit und Mühe, welche an die Gründung der Kommission und jetzt an die Vereinigung freier Hilfskassen verschwendet worden ist,

an den Ausbau des Sanitätsvereins verwandt worden, so würde dieser jetzt in der Lage sein, nicht allein für sämtliche freie Hilfskassen von Berlin und Umgegend, sowie für Zahlstellen von Zentralkassen, sondern auch für die nach Bewegungsfreiheit sich sehnenen Ortsklassen freie ärztliche Behandlung, Medikamente, Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel zu beschaffen. Eine solche Vereinigung würde den Berliner Arbeitern den ihnen gebührenden Einfluß verschaffen und allen an sie gestellten Forderungen gerecht werden können.
Der Vorstand des Sanitäts-Vereins.
J. H.:
P. Hundt, F. Kuh, W. Haspel.

Zur Erwiderung auf die von der Ärzte-Kommission in Nr. 307 des „Vorwärts“ erschienene sogenannte Nichtigstellung erlauben wir uns der Kommission gegenüber zu bemerken, daß es derselben in keiner Weise gelungen ist, die von uns aufgestellten Thatsachen in Nr. 304 des „Vorwärts“ zu entkräften.

Unserer aufgeworfenen Frage, ob die Kommission die Ärzte oder die Mitglieder damit irreführen wollten, glauben die Herren sich dadurch zu entledigen, indem sie die Thatsachen auf den Kopf stellen, und sagen, wir hätten das Publikum irre geführt; haben denn nicht die Herrn Ärzte in Nr. 303 des „Vorwärts“ und in den „Berliner Anzeigen“ Nr. 52 erklärt, daß sie ihre Thätigkeit einstellen haben? Soll nun das Publikum sich auf's Märtyrertum legen und die Meinung der Kommission erröthen? Wie sehr wir in Recht waren, beweist, daß in der That einige Ärzte ihre Thätigkeit einstellen wollten, und nur nach Aufforderung seitens des Vorstandes ihrer Verpflichtung nachzukommen.

Vermischtes.

Eisenbahn-Attentat. Dortmund, 8. Januar. Das Eisenbahn-Betriebsamt Dortmund meldet: Gestern, Sonnabend, Abends 8 Uhr, wurde der Schnellzug 4, Berlin-Rhein, auf dem Bahnhof Nauzel (Castrop) dadurch gefährdet, daß kurz vor seiner Durchfahrt die linke Schiene des Fahrgeleises durch Explosion einer Dynamitpatrone auf 1 1/2 Meter Länge zerstört wurde. Der bald nach Paffensen der Unfallstelle zum Halten gedachte Zug blieb zwar im Geleise, doch wurden die Maschine und sämtliche Wagen beschädigt und zum größten Teil lausunfähig. Die Reisenden, von denen niemand verletzt ist, wurden mit dem folgenden Personenzug 11 weiter befördert. Nachts gegen 1 Uhr war das Geleise wieder fahrbar und bis dahin von Herne bis Nauzel der Betrieb eingeleistet.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 15. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Preussische Justiz. — Der Sozialismus in Frankreich vor der großen Revolution. — Das nahende Ende des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Von Dr. Rudolf Meyer. (Schluß.) — Wie heute Romane gemacht werden. Von Otto Verdorn. — Feuilleton: Kunde von Nixendwo. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

Winterjohannisfeier. — Zum Gipfel auf! Zwei Volksfestspiele von Franz Viederich. Leipzig, Verlag der Volksbuchhandlung (Gustav Heinisch). Preis 25 Pf. — Die beiden Dichtungen schildern das Leiden und Ringen der Arbeiterschaft in schmerzvollen Versen und werden sich bald zahlreiche Freunde erworben haben. Die Aufführung erfordert wenig Kosten.

Die zehn Gebote und die besitzende Klasse. Von Adolf Hoffmann. V. Auflage. Verlag des „Volksboten“, Jena.

Vier und Brautwein und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit. Von Dr. J. Rosenthal. Berlin, Verlag Rob. Oppenheim.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Hamburg, 9. Januar. Heute ist wieder ein Cholerafall zu konstatieren.

Breslau, 9. Januar. Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Schwintochlowitz: Auf der Deutschlandgrube ist heute ein Teil der Belegschaft nicht angefahren.

Köln, 9. Januar. Vollständig streiken die Zechen „Pluto“, „Anser Fröh“, „Sibernia“, „Wilhelmine“, teilweise „Consolidation“. Der Ausruf zum Streik ist allgemein verbreitet. Morgen findet in Gelsenkirchen die Wahl eines Zentral-Streik-Lomitees statt.

Saarbrücken, 9. Januar. Heute sind 9873 Mann angefahren, 1089 mehr gegen Sonnabend. Eine Deputation von drei abgelegten Bergleuten wurde vom anwesenden Ober-Berghauptmann Freund nicht angehört, weil sie nicht als Vertreter der Bergleute betrachtet werden. Geiern wurden viele Versammlungen abgehalten, in Hildesheim eine Frauenversammlung. Menthalber wurde der Beschluß gefaßt, weiter zu streiken.

Saarlouis, 9. Januar. Die an das Oberbergamt Bonn abgeordnete Bergarbeiter-Deputation erhielt den Befehl: Erst ansfahren, dann verhandeln! In Inspektion I ist heute eine größere Anzahl angefahren, trotz der gestrigen Beschlüsse weiter zu streiken.

London, 9. Januar. Wie die „Times“ aus Washington meldet, ist man dort der Ansicht, der Kongress werde eine die Einwanderung einschränkende, strenge Quarantäne auferlegende Maßregel annehmen, den vorliegenden Gesetzentwurf, der die Einwanderung nahezu eingestellt wissen will, aber verwerfen.

Dublin, 9. Januar. In Bodily in der Grafschaft Dimerid erhoben sich die Pächter und besetzten bewaffnet die Landstraßen; sie verhinderten die Gerichtsvollzieher, Ermittlungen vorzunehmen. Verbeizholtes Militär war unfähig, den Widerstand zu brechen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Gelsenkirchen, 9. Januar. Heute Abend explodierten vor zwei hiesigen Hotels Dynamitpatronen. Durch die Explosion wurde materieller Schaden angerichtet; Personen wurden nicht verletzt.

Essen a. Ruhr, 9. Januar. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge fand heute Nachmittag eine Sitzung des Vorstandes des Bergbauvereins statt, an welche sich eine allgemeine Sitzung desselben angeschlossen. In beiden Sitzungen sei bezüglich des Bergarbeiter-Ausstandes beschlossen worden, den Zechen zu empfehlen, gemäß dem § 3 der Arbeitsordnung alle mehr als drei Tage ohne Grund von der Arbeit fortbleibenden Bergleute abzulegen. In der Versammlung sei die Befürchtung zum Ausdruck gekommen, daß der Ausstand bald weiter um sich greifen werde.

Bochum, 9. Januar. In dem hiesigen Revier ist zur Nachmittagszeit Alles angefahren.

Bochum, 9. Januar. Ein heute Abend verbreitetes Extrablatt der „Bergarbeiter-Zeitung“ sagt, es werde auf fünfzehn Gruben gestreikt, und giebt die Parole aus: „Entweder weiterarbeiten unter stetigem Glend oder Generalkstreik und Sieg!“ Zugleich werden mehrere Versammlungen der streikenden Bergleute einberufen.

Breslau, 9. Januar. Nach einer Meldung der „Breslauer Morgenzeitung“ sind auf der Grube „Deutschland“ zur Nachtschicht 137 Mann, also etwa ein Drittel der Belegschaft, angefahren. Man hoffe, daß morgen mehr Bergleute ansfahren würden. Sonst sei im hiesigen Bezirke alles ruhig.

Paris, 9. Januar. Der ehemalige Minister der öffentlichen Arbeiten Vauhan ist heute Abend 6 1/2 Uhr beim Heraustrreten aus dem Zimmer des Untersuchungsrichters verhaftet und nach dem Gefangenendepot abgeführt worden.

Paris, 9. Januar. Vauhan ist heute Abend 9 Uhr nach dem Gefängnis in Marzais übergeführt worden.

Briefkasten der Redaktion.

H. Siegert. Schriftlichkeit ist nicht erforderlich.

H. V. 33. Die Rücknahme des Testaments ist nicht erforderlich.

G. K. 1000. Sie können lediglich den Klageweg beschreiten; bei der Schwierigkeit Ihrerseits zu beweisen erscheint er aber wenig aussichtslos.

Gustav Jymol. Der Eintritt der Geschlechtsreife ist außerordentlich verschieden, weil er von der verschiedenartigen Entwicklung der einzelnen Persönlichkeiten abhängt. Der Gesehgeber nimmt an, daß vor dem vollendeten 16. Lebensjahre bei Mädchen in Deutschland die Reife nicht eintritt, läßt deshalb vorzeitige Heirathen nicht zu, und bedroht die Weisheitsvollziehung mit Mädchen unter 14 Jahren mit Zuchthaus, die Verführung unbescholtener 14 bis 16 Jahre alter Mädchen mit Gefängnisstrafe.

L. Schweden. Auch nach dem Ausland hin kann der Gläubiger verfolgen. Das macht aber so viel Umstände und Kosten (er müßte die schwedischen Behörden requirieren lassen), daß er es bei einem Betrage von unter 20 M. wohl bleiben lassen wird.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Gauverein Berlin.

Heute, Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Innenstr. 16:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Entgegennahme der Rechenschaftsberichte u. 3. Wahl des Vorstandes, der Revisoren, des Verwalters und der Kommissionen. 4. Verschiedenes. 116/14

Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Arbeiter-Stenographenverein „Eintracht“

Neue Lehrkurse in der ganz vereinfachten Krensch'schen Volks-Kurzschreib- — Lehrmittel 1 Mk. 50 Pf., Unterricht frei! — beginnen für Herren, Damen und Schüler: am Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, und am Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Herschleb, Adalbertstraße 4. 861b

Zu reger Theilnahme ladet ein
Der Vorstand.

- Jamaica-Rum, 96 M. echt Verschnitt u. Fac., Literl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Gl. 10 Pf. billiger.
- Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literl. 2,10.
- Nimbor-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter 1,20.
- Ingber-Likör, hochfein, magenstärkend, Literl. 1,10, 1,60, 2.
- Echt Stonsdorfer Bitter-Wild, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.
- Cognac fine Champagne, 3/4 Literl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.
- Glühwein-Extract, Literl. 1,60. Punsch-Extract, Literl. 1,60.

Eugen Neumann & Co.,

6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 61. Neue Friedrichstr. 61. 8. Oranienstr. 8.

Bettfedern, dreifach gereinigte, neue, vorzüglich fallend, Pfund 50, 70, 90 Pf. Halbdaunen 1,10. Halbdaunen, silberhell, 1,80. Daunen von vorzüglich Füllkraft (3 Pf.) genügen zum größten Oberbett) 2,75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von S. Pollack, Oranienstraße 61, am Moritzplatz.

Schmiedel's Festsäle, Alte Jakobstr. 32, neben dem Thomas-Theater. Empfehle meine elegant ausgestatteten Säle, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne u. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter kulantesten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.
Elegante Maskengarderobe Große Hamburgerstr. 57 bei Werbelow. Fein möbl. Schlafz. billig zu verm. Reichenbergerstr. 68a, Schröder. [858b]

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins Andrastr. 23. Sp. Fabrikraum u. verm. Ostfischerstr. 64.

Maurer!

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend zur Nachricht, daß das Mitglied

Friedrich Graffow

am 6. Januar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. Januar, Nachm. Punkt 3 Uhr, vom Krankenhaus am Friedrichshain aus nach Weissenhof statt. Um rege Theilnahme bittet
Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 7. Januar, entschlief nach achtzigjährigem Krankenlager infolge eines Herz- und Nierenleidens mein heiliggeliebter Mann, unser Vater

Ludwig Staegemann

im 59. Lebensjahre, nach einem Leben, das Mühe und Arbeit war von Jugend auf. Um stillen Beileid bitten die Hinterbliebenen.
Pauline Staegemann geb. Schuck und vier Kinder.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Weichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in der Landsberger Allee aus statt.

Empfehle mein Geschäft in frisoaen Blumen und Kränzen. 5328 L

Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Wegen Todesfalls ein Geschäft, 14 Jahre bestehend, an Genossen billig zu verk. Mühlenstr. 31. 851b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 8. Januar, 5 1/2 Uhr Morgens, meine liebe Frau, unsere gute Mama

Johanna Pieper, geb. Busch

nach 1 1/2-jährigem schwerem Leiden im Alter von 80 Jahren sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Januar, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Urbanstr. 25, aus nach dem Heiligen Kreuz-Kirchhof in Mariendorf, Feldstraße, statt. 856b

Der trauernde Gatte
Rudolf Pieper und Kinder.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crepe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!

Proben franko! 8557L
Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

13000 Mark

Hypothek zweite Stelle (erste 32000 M.), werden zum 1. April d. J. auf ein großes Grundstück (Solal) gesucht, ca. 50000 M. stehen noch hinter dieser Hypothek. Offerten sind zu richten an die Expedition des „Vorwärts“ unter Chiffre 13000.

Redakteur-Gesuch

Zur selbständigen Leitung eines täglich erscheinenden Partei-Organs wird ein Redakteur gesucht, der auch agitatorisch thätig sein kann. Offerten unter C. H. an die Exped. erbeten.

Bekanntmachung.

Den vielseitigen Wünschen der Mitglieder nachzukommen, sind folgende Zahlstellen eingerichtet:

- Montag Abends 8 bis 9 Uhr Lebusstr. 5.
- Mittwoch Abends 7 1/2-8 1/2 Uhr Schwerin- u. Diethenstr.-Ecke.
- Sonntag Abends 7-9 Uhr Skalierstr. 11.
- Sonntag Abends 7-9 Uhr Gipsstr. 3. 827/2

Die Zahlstellen 1, 2, 3 sind nur nach dem 1. und 15. jeden Monats vertreten event. am selben Tage. Die Anzahlung des Krankengeldes geschieht jeden Sonnabend von 4 1/2-5 1/2 Uhr bei Schayer, Brunnenstr. 40.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Töpfer.
Die Ortsverwaltung Berlin.

Säle u. Versamlg. u. Gesellschft.

unentgeltlich [806b] Oranienstr. 150.

5 1/2 Bund Albrecht's

Brot für 50 Pfennig Bäckerei, liefert Wangel-Strasse 8, Langstr. 26, Frankensteinstr. 23.

Ein Sopha verkauft der Verwalter Admiralsstr. 8. 801b

Rechtsbureau des königlichen Anwaltsrichters a. D. Alte Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 8493B

Arbeitsmarkt.

Lücht. Vergolderinnen verlangt 859b Karger, Grünr Weg 9/10.